

Konzept III für eine kommunale Altenplanung: Gut Älterwerden in Marburg

*„Was muss geschehen, damit das Land nicht von Stimmungen abhängig ist?“ **„Wir brauchen ein Leitbild... sollten nun Parteien, Wissenschaftler, Kirchen, Gewerkschaften, Arbeitgeber und Minderheitenvertreter **gemeinsam nach einem Narrativ suchen, das unsere Gesellschaft in die Zukunft trägt...*****

*Als sich dann die Überzeugung durchgesetzt hat, ... hat sich auch die Politik verändert... **Es ist also nicht eine Frage der Empirie, sondern des Narrativs, wie wir uns definieren. Nun müssen wir uns wieder fragen: Was macht dieses Land aus? **Wie wollen wir hier zusammenleben? Und wo wollen wir hin?****¹“*

Mit diesem Zwischenbericht zum erweiterten Konzept III für die kommunale Alterssozialpolitik und Altenplanung in Marburg werden derartige Leitbilder bzw. Grundsätze vorgelegt als Basis aller weiterführenden Alterssozialarbeit und Altenplanung.

Da derzeit nicht alle Analysen und vorläufigen Auswertungen abgeschlossen sind, werden die Ausarbeitungen einzelner Handlungsfelder mit dem Fachbeirat in der nächsten Sitzung erarbeitet und anschließend beim nächsten Bericht der Stabsstelle Altenplanung vorgelegt.

¹ Naika Foroutan im Spiegel über ihre Vision eines neuen Deutschland. S. 34 42/2015

Inhalt

1	Einführung und Grundsätze.....	3
1.1	Grundsätze und Ortsspezifika Guten Älterwerdens in Marburg (Präambel).....	4
1.2	Fundamente der Marburger Altenplanung	6
1.3	zeitgemäße kommunale Alterns-Planung in Marburg	7
1.4	Alternsvielfalt und -bilder im demografischen und kulturellen Wandel	8
2	Kernthemen guten Alterns in Marburg	10
2.1	Alltags- und Zeitgestaltung im Alter	10
2.1.1	(Nach-)Berufliches und Freiwilliges Engagement	10
2.1.2	Bildung, Kultur, Freizeit und Begegnung	11
2.1.3	Sport, Bewegung, Gesundheitsförderung.....	13
2.1.4	Altentages- und Begegnungsstätten.....	14
2.2	Beratung und Information	15
2.2.1	Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt (BiP).....	15
2.2.2	Sonstige Beratung zu Altern und sozialen Fragen.....	16
2.2.3	Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen	16
2.2.4	Altern in der neuen Heimat.....	17
2.3	Wohnen im eigenen Zuhause.....	18
2.3.1	Wohnberatung und Wohnraumanpassung	18
2.3.2	Altengerechte Wohnungen.....	19
2.3.3	Service-Wohnen/Betreutes Wohnen	19
2.3.4	Neue (gemeinschaftliche) Wohnformen.....	20
2.4	Ambulante und alltagsunterstützende Hilfen.....	21
2.4.1	Alltagshilfen, technische Assistenzsysteme und Betreuung zuhause	21
2.4.2	Ambulante Tag- und Nachtpflege inkl. mobile Rehabilitation	21
2.4.3	Medizinische Versorgung älterer Menschen.....	21
2.4.4	Ambulante Hospiz- und Palliativdienste.....	21
2.5	Tagespflege und Pflegeheime	21
2.5.1	Tagespflege	21
2.5.2	Kurzzeitpflege	21
2.5.3	Alten- und Pflegeheime	21
2.5.4	Stationäre Hospizpflege	21
3	Alternsgerechte Stadt- u. Quartiersentwicklung.....	22
3.1	Einwohner/innen-Befragungen als Grundlage zur Altenplanung.....	22
3.2	Quartiersentwicklung – Gut Älterwerden im Stadtteil.....	24
3.3	Stabsstelle Altenplanung	25
3.4	Mobilität in Marburg.....	27

1 Einführung und Grundsätze

Die Marburger StVV² hat den Magistrat beauftragt, ein erweitertes Konzept kommunaler Altenplanung und Alterssozialpolitik in Marburg zu entwickeln. Unterstützend ist ein Fachbeirat aus Politik, Verwaltung und örtlichen Fachleuten eingesetzt sowie der Seniorenbeirat beteiligt worden. Nach ersten Treffen des Fachbeirats legt die Stabsstelle Altenplanung hiermit einen Zwischenbericht mit Vorschlägen zur weiteren Konzeptentwicklung sowie zu inhaltlichen Schwerpunkten zukünftiger kommunaler Alterspolitik und -planung in Marburg vor. Die Weiter-Entwicklung übergeordneter „Grundsätze guten Älterwerdens in Marburg“ steht in Absprache mit dem Fachbeirat an erster Stelle, während vertiefende Maßnahmeplanungen im zweiten Schritt durch Fachbeirat und Stabsstelle vorgelegt werden.

Für das den Stadtverordnetenbeschluss vom 30.01.2015 realisierende Konzept III bilden die „Eckpunkte einer zukunftsweisenden Marburger Alterssozialpolitik“³ Auftrag, Rahmen und Gliederung. Gleichmaßen fließt die Arbeit des Fachbeirats, des Seniorenbeirats sowie Beiträge aus der Kooperation mit den städtischen Planungskolleg/innen – insbes. in Anknüpfung an die Programme ‚Integrierte Dorfentwicklung‘ und ‚Soziale Stadt‘ – und aus Nachbarschafts- und Teiligungsprojekten ein. Marburg-spezifische Lebens- und Altersbedingungen sowie Fachwissenschaftliches bilden die Basis.

Anlass für Bilanzierung und programmatischen Ausblick sind einerseits das fünfjährige Bestehen der Stabsstelle Altenplanung und des Beratungszentrums mit integriertem Pflegestützpunkt BiP. Andererseits bildet die anstehende Modernisierung der Marburger Altenhilfe St. Jakob (am Richtsberg), für die die „Leitlinien zur Zukunft von Wohnen und Pflege im Alter“ (2008) bereits den maßgeblichen Rahmen liefern, den konkreten Formulierungsanstoß.

Konzept III und darin formulierte Grundsätze basieren auf vielfältigen Fundamenten⁴:

- ⇒ den seit dem Beschluss der Stadtverordneten 2006 erstellten Konzepten zur kommunalen Altenplanung I und II in Marburg (2007 + 2008)
- ⇒ den 2008 auf Vorarbeiten des Seniorenbeirats basierend verabschiedeten „Leitlinien zur Zukunft von Wohnen und Pflege im Alter in Marburg“⁵
- ⇒ den seit dem Beschluss der Stadtverordneten 2009 zur Durchführung von Einwohner/innen-Befragungen vorgelegten Berichten der Stabsstelle Altenplanung (2010 + 2014) zu seniorengerechten Quartiersentwicklungen in den Stadtteilen
- ⇒ Aspekte des KDA-Gutachtens von 2012
- ⇒ Entwicklungen und Erfahrungen 5-jähriger Praxis in Stabsstelle und Beratungszentrum BiP

Weitere Grundlagen stellen der 7. Altenbericht: "Sorge und Mitverantwortung in der Kommune – Aufbau und Sicherung zukunftsfähiger Gemeinschaften" 2015/2016 sowie Empfehlungen und Positionspapiere der Bund-Länder-Arbeitsgruppe, des Deutschen Vereins, der BAGSO etc. dar. Ersetzen müssen all diese Empfehlungen, Strategien und Berichte den fehlenden Gesetzesrahmen für kommunale Alterssozialpolitik und Altenplanung. „Im Unterschied zur Kinder- und Jugendhilfe, der ein eigenes Sozialgesetzbuch gewidmet ist, muss sich die Altenhilfe mit einem einzigen Paragraphen des SGB XII begnügen. Dieser benennt Leistungen, jedoch nur mit dem Begriff ‚Soll‘⁶“.

Kommunaler Alterssozialpolitik fehlt als Freiwillige Leistung das Bundesgesetz und in Hessen zudem landesspezifische Rahmenvorgaben oder Richtlinien, nicht ohne Folgen. „Auffäl-

² s. VO/3737/2015

³ s. Anlg. 2 zu VO/3737/2015

⁴ s. VO/3737/2015 Anlage 2, Eckpunkte einer zukunftsweisenden MARBURG Alterssozialpolitik

⁵ erweitert um Handlungsempfehlungen der Gleichstellungskommission zum Thema Kommunale Altenplanung 2008 (s. <http://www.marburg.de/de/98465>)

⁶ Pfützenreuter, Irina. Weiterentwicklung der Altenhilfe – ein Schritt zu Gestaltung des demografischen Wandels? In: NDV 1/2014: 17-21

lig war, dass überdurchschnittlich viele der partizipativen Planungsprozesse in Kommunen stattfanden, in denen solche Aktivitäten durch landesgesetzliche Vorgaben gefördert wurden⁷. Da deutlich wird, wie eng gute Alterssozialpolitik in der Kommune vom Vorhandensein entsprechender Landeskonzepte profitiert, lehnt sich das MARBURG Konzept behelfsweise an die Bayerischen Vorgaben an: „Moderne und nachhaltige kommunale Seniorenpolitik ist weit mehr als eine Bedarfsfeststellung von ambulanten, teilstationären und stationären Einrichtungen. Vielmehr spannt sie den Boden von integrierter Ortsentwicklung, Beratung und Information, Teilhabeformen älterer Menschen, alternativen Wohn- und Betreuungsformen, Unterstützung pflegender Angehöriger bis hin zur Hospizversorgung⁸“.

1.1 Grundsätze und Ortsspezifika Guten Älterwerdens in Marburg (Präambel)

Der Titel des Konzeptes III „Gut Älterwerden in Marburg“ scheint banal, wird dies doch jede Kommune für sich beanspruchen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich jedoch, dass bei Plänen und Empfehlungen oft die sogenannte „Ver-Sorgung“ Älterer im Fokus ist, Älterwerden letztlich mit (steigendem) Hilfe- und Pflegebedarf gleichgesetzt wird. Doch wie in jeder Lebensphase ist auch das dritte und vierte Lebensalter weit mehr als ein körperlich bzw. pflegerisch gutes Versorgtsein. Vielmehr hat die kommunale Alterssozialpolitik und Altenplanung für die Wahrung der Menschenwürde, für *freie Entfaltung der Persönlichkeit* zu sorgen, also umfassend für ‚Bedingungen einer guten Lebensführung‘ i.S.d. 7. Altenbericht.

Gemäß des ganzheitlichen Altersverständnis aus § 71 SGB XII¹⁰ ist das Marburger Konzept III zum einen Standortbestimmung: was ist für gutes Älterwerden in Marburg zentral. Zum anderen dient es der Orientierung für die praktische Arbeit. Die Fülle der Handlungsbedarfe und Entwicklungsimpulse z.B. aus den Befragungen und anderweitig geäußerten Bedarfe Älterer in Marburg, aus Förderprogrammen, Modellmaßnahmen oder der Fachwelt, kann mit Hilfe der konzeptionellen Festlegungen priorisiert und selektiert werden.

Anknüpfend an die Eckpunkte einer zukunftsweisenden Alterssozialpolitik

1. Vermittlung eines zeitgemäßen und differenzierten Altersbildes
2. Information, Beratung und Kooperation zu Wohnen, Betreuung, Pflege und Altern sowie Freiwilligem Engagement
3. weiterer Ausbau offener Angebote in den Stadtteilen
4. quartiersbezogene Beratung, (Wohn-)Projekte und ambulante Pflegeinfrastruktur
5. präventive Angebote der Gesundheits- und Bewegungsförderung für Ältere
6. Ergänzung durch modernisierte stationäre Pflegeeinrichtungen

formuliert der Fachbeirat **zentrale Grundsätze guten Älterwerdens:**

- *Selbstbestimmung und Selbstverantwortung*

Selbstbestimmtes und selbstverantwortliches Leben bis zum Ende ist oberstes Ziel der Marburger Alterssozialpolitik. Der Wille des Einzelnen wird höher bewertet als allgemeine Grundsätze. Beispielweise ist trotz des Grundsatzes „ambulant vor stationär“ nicht immer der Verbleib in der angestammten Wohnung der Königsweg, auch ein Wohnungswechsel oder

⁷ Bertelsmann Vorabdruck 2015; 42

⁸ BSfASFF: 3. Bericht der Staatsregierung zur sozialen Lage in Bayern, 2012: 97

⁹ Synonyma: Ältere Menschen sind jene, die auf Anlieferung, Zufuhr, Bereitstellung warten

¹⁰ bzw. weiterführend lt. pflegewissenschaftlichem AEDL-Konzept bedarf Gutes Älterwerden neben Kommunikation, Bewegung und körperlichem Wohlbefinden in sicherer Umgebung guter Rahmenbedingungen für - Lebenslanges Lernen, Entfaltung und Entwicklung; - die eigene Sexualität zu leben sowie - soziale Kontakte, Beziehungen und Bereiche mitgestalten. All dies gehört neben Beratung, Pflege und Wohnen gleichberechtigt zur kommunalen Daseinsvorsorge und zu einem zeitgemäßen öffentlichen Blick aufs Älterwerden. Der § 71 SGB XII betont zudem, dass dies bereits bei der Vorbereitung aufs Älterwerden sowie vorbeugend zum Tragen kommt.

der Umzug in eine pflegerische Einrichtung kann der richtige Weg sein. Und trotz der moralischen Pflicht, Mit-Menschen zu schützen und zu unterstützen, muss es auch im Alter ein Recht auf Unvernunft und Risiko geben; die Freiheit, (folgenreiche) Fehler zu machen.

- zeitgemäße und vielfältige Alterns-Begriffe und -bilder entwickeln

Kommunale Alternspolitik und Altenplanung hat Prozesse anzustoßen und zu unterstützen, Vielfalt zuzulassen und abzubilden. Unabhängige, fitte Marburger/innen ab der Lebensmitte sind ebenso einzubeziehen wie Hochaltrige mit evtl. mehrfachem Unterstützungsbedarf. Menschen im Übergang zwischen Alternsphasen mit sich wandelndem Selbstbild werden genauso adressiert wie jene, die mit besonderen Herausforderungen älter werden.

- Engagiert für sich und andere – im frei gewählten Rahmen

Aktives Altern bzw. Freiwilliges Engagement Älterer ist allen auf Wunsch zu ermöglichen. Engagement darf jedoch keine Pflicht oder erzwungen werden, sondern soll Spaß und Lust machen. Beschauliche, häusliche Gestaltung des Alterns oder Rückzug wird gleichwertig respektiert wie Engagement. Wert und Würde eines Menschen sind nicht am Grad der Aktivität und des Beitrags für die Gesellschaft zu messen. So darf Alternssozialpolitik weder auf Pflege- und Versorgungspolitik noch auf „Politik des aktiven Alterns“ reduziert werden.

- partizipative Weiterentwicklung der Eckpunkte guten Älterwerdens in Marburg

Insbesondere über den Seniorenbeirat und Organisationen von, mit und für ältere Menschen sind die Leitgedanken des Konzepts sowie die Kernbereiche einer kommunalen Alternssozialpolitik und Altenplanung stetig weiter zu entwickeln. Die Arbeit des Fachbeirates ist nach dem Vorbild der Sport- und Bäderkommission oder der Feuerwehr AG zum Bedarfs- und Entwicklungsplan fortzusetzen. Auf Entsprechungen zwischen Leitgedanken und zentralen Handlungsfeldern (s. Kap. 2) ist zu achten.

- Gutes Älterwerden als Querschnittsziel und -aufgabe kommunaler Entwicklungsplanung¹¹

Die Umsetzung des Konzeptes für eine kommunale Altenplanung in Marburg III findet fachbereichs- und fachdienstübergreifend in Verwaltungsprozessen sowie in Kooperation mit Engagierten, Trägern und Unternehmen (z.B. Wohnungsgesellschaften), also verschiedenen Akteursgruppen und Anbietern von Dienstleistungen für Ältere, statt. Die Gesamtverantwortung liegt im Sinne der kommunalen Daseinsvorsorge moderierend, steuernd und planend bei der Kommune.

- die stärkere Mit-Verantwortung von Bund und Ländern ist systematisch einzufordern

Spezifische Marburger Bedingungen guten Alterns

Neben allgemeinen Grundsätzen guten Älterwerdens sind Ortsspezifika zu berücksichtigen:

- Befragungen Älterer und ihre Mitgestaltung bilden in Marburg zentrale Planungsgrundlage¹² und wirken aktivierend in den Stadtteilen
- Alternsbedingungen werden geprägt durch die Topografie sowie je spezifisch in universitärer Kernstadt und ländlichen Außenstadtteilen, bevölkerungsreichen internationalen Stadtteilen mit Geschosswohnungsbau und Einfamilienhaussiedlungen
- prägend wirkt ebenso die hohe, u.a. durch die Universität bedingte, Bevölkerungsfluktuation mit großer Wohnentfernung zwischen Nachkommen und Älterwerdenden (mit evtl. Gefahr der Vereinsamung und verringertem familiären Pflegepotential)
- Marburg als Stadt der (Seh-)Behinderten benötigt einen Fokus beim Altwerden mit Behinderung und Erblindung, in Fortsetzung der guten Tradition von der Heiligen Elisabeth bis zum Access City Award: "Barrierefreie Stadt 2012"
- Alternssozialpolitik ist im Magistrat ein Querschnittsthema und findet Berücksichtigung v.a. in der Sozial- und Stadtplanung mit Bauland- und Wohnungsmarktanalyse

¹¹ vgl. Konzept für eine kommunale Altenplanung in Marburg I, 2007: S. 4

¹² gemäß VO/0381/2009

sowie in langfristigen Förderprogrammen wie Soziale Stadt und integrierte Dorfentwicklung

- mit ihren 100%-igen Töchtern GeWoBau und MAHSJ hat Marburg besondere Möglichkeiten zur altenplanerischen Gestaltung und Einflussnahme
- als Sonderstatusstadt erledigt Marburg im Auftrag des Landkreises alle Aufgaben nach dem SGB XII - Sozialhilfe - und hat damit weitgehende Gestaltungsfreiheiten.

Diese Ausarbeitungen zu Grundsätzen und Marburgspezifika basieren auf breiter Basis. Vorhandene Fundamente werden im Folgenden dargestellt.

1.2 Fundamente der Marburger Altenplanung

Konzept I + II für eine Kommunale Altenplanung

Mit den bisherigen Konzepten einer kommunalen Altenplanung in Marburg wurden die Grundlagen für die neu geschaffene Stabsstelle Altenplanung und deren bisherige Arbeit gelegt. Basis waren Anfragen bei ca. 100 Verbänden, Vereinen, Trägern und Organisationen der Altenhilfe, Ortsvorsteher/innen etc. Hinzu kamen Ergebnisse eines Workshops.

Die Konzepte reichen vom Planungsverständnis¹³ und bis zur Benennung der wichtigsten Handlungsfelder: Vernetzung und Koordination der Anbieter/innen, Dienste und Angebote, Förderung der Kooperation, Wohnen und Wohnen mit Pflege, ambulante Hilfe und Unterstützung, Demenz- und psychisch Kranke, Altersvorbereitung, Potenziale und Chancen, Freizeit, Bildung und Kultur sowie Migrant/innen.

Der größte Handlungsbedarf wurde damals im Bereich Information und Beratung gesehen, mittlerweile realisiert durch die Einrichtung des Beratungszentrum BiP, und im Bereich Wohnen, letzteres vielfältig in Bearbeitung durch die Wohnraumanalyse sowie v.a. die Erweiterung des Pflegebüros zur Fachstelle für Wohnberatung.

Leitlinien zur Zukunft von Wohnen und Pflege im Alter; VO/0382/2008

In den auf Vorarbeiten des Seniorenbeirates basierenden Leitlinien ist zum einen dargelegt, „dass der Bedarf an stationären Pflegeplätzen in Marburg derzeit gedeckt ist und der quantitative Ausbau stationärer Plätze weder inhaltlich sinnvoll noch politisch erwünscht“ ist. Zum anderen wird ein Kriterien- bzw. Zielkatalog für Alterssozialpolitik und -planung vorgelegt. „Im Zentrum stehen dabei die Forderungen ‚selbständig statt fremdbestimmt‘, ‚wohnnah statt zentral‘, ‚Angebotsvielfalt statt Einheitslösung‘, ‚ambulant vor stationär‘, ‚kleiner statt größer‘, ‚Beratung statt Alleinlassen‘ und ‚Vorsorge statt Nachsorge finanzieren“.

Handlungsempfehlungen der Gleichstellungskommission zur Altenplanung

Ergänzend benennt die Gleichstellungskommission zentrale Bereiche kommunaler Alterssozialpolitik und -planung:

- Pflegenden Angehörigen ist die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf besser zu ermöglichen
- Gewalt in der Pflege soll thematisiert, vorgebeugt und behandelt werden.

Einwohner/innen-Befragung als Grundlage zur Altenplanung VO/0381/2009

Einwohner/innen-Befragungen bilden die belastbare Grundlage einer qualifizierten Altenplanung für Marburg. Sie tragen mit nachfolgenden Entwicklungs- und Gestaltungsprozessen zur Umsetzung zentraler Forderungen aus den Konzepten zur Marburger Altenplanung I und II ebenso bei wie zur Realisierung der „Leitlinien zur Zukunft von Wohnen und Pflege im Alter in Marburg“ - auf dem Weg zu einer altersgerechten Stadt in Vielfalt¹⁴.

¹³ Planung als Querschnittsaufgabe und integraler Bestandteil der gesamten Stadtplanung durch: stetigen Prozess statt einmaliges Großprodukt, beteiligungsorientierten Ansatz, Prozessbegleitung und Steuerung, Planung als Moderation unter Einbezug aller AkteureInnen (vgl. Blaumeister und Klie)

¹⁴ vgl. VO/3063/2014

1.3 zeitgemäße kommunale Alters-Planung in Marburg

Dargelegt wird das der Marburger Altenplanung und ihrem im Konzept beschriebenen weiteren Vorgehen zugrundeliegende Planungsverständnis. Zunächst werden übliche Planungsarten aufgezeigt und sodann begründet, worum in Marburg daraus weiterentwickelt *quartiersbezogene kooperativ-partizipative Planung* gewählt wird.

Operationalisierte Planung mit Sozialindikatoren

Insbesondere auf quantitativen Analysen basierend, wird in der klassischen Altenplanung ein Maßnahmenplan erstellt und durch die Verwaltung abgearbeitet. Bei dieser sozialindikator-basierten Vorgehensweise werden auf überregionalen Vorgaben und Sozialindikatoren¹⁵ beruhende Versorgungsziele durch kommunales Handeln zu erreichen versucht.

Quartiersbezogene kommunale Altenplanung, KDA-Ansatz

Ist-Analysen zu Bedarfen in einzelnen Stadtteilen oder Nachbarschaften werden quartiersbezogen durchgeführt. Teile der Bedarfserhebung, die in der klassischen Altenplanung statistisch erfolgen, können durch partizipative Planung, also Einbezug relevanter Akteursgruppen, ersetzt werden. So ist es besser möglich,

- den Bedarfen vor Ort gerecht zu werden,
- Selbsthilfepotentiale zu aktivieren und erhalten sowie
- eine eigenständige Lebensführung länger zu ermöglichen¹⁶.

Dieses Vorgehen entspricht dem in Marburg mit den Befragungen begonnen Weg, erweitert um Elemente des im Folgenden beschriebenen Planungsverfahrens.

Kooperative kommunale Planung – Etablierung Fachbeirat als Lenkungsgruppe

„... (es ist) eine zentrale Aufgabe der Kommunen, ein entsprechendes Gesamtkonzept für das Leben und Wohnen im Alter zu entwickeln... (Dies) kann nur durch das Zusammenspiel aller Beteiligten zustande kommen. Daher muss eine geeignete Organisationsstruktur innerhalb von Politik und Verwaltung bei gleichzeitiger Gewinnung weiterer wichtiger Akteure etabliert werden... Es müssen gemeinsame Strategien entwickelt werden, damit die Verwaltung bei der Formulierung der Maßnahmen und ihrer Umsetzung möglichst konkrete Anregungen aus unterschiedlichen Bereichen erhält. Die Umsetzung findet im Rahmen von Verwaltungsprozessen und in Kooperation mit privaten Organisationen, Unternehmen (z.B. Wohnungsgesellschaften), verschiedenen Akteuren und Anbietern von Dienstleistungen für Ältere statt... Die Lenkungsgruppe sollte ressortübergreifend organisiert werden, denn sie ist Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung und Akteuren vor Ort¹⁷“.

¹⁵ z.B. Bevölkerungsbestand und -entwicklung, Altersstruktur, Anteil ausländischer Bevölkerung, Armutsquote/Quote der Leistungsbezieher/innen, Statistiken zu Wohnformen/Eigenheimbesitz etc.

¹⁶ Schritte quartiersorientierter Altenplanung: Identifizierung quartiersorientierter Sozialräume, Erfassung der Bestände und Bedarfe in Quartieren, Bürgermitwirkung bei Bedarfsfeststellung, Planung und Umsetzung, Beratung bei baulichen Planungen, Moderation von Kooperationsprozessen verschiedener Akteursgruppen, Moderation und ressortübergreifende Kooperation der Verwaltung, Controlling und Evaluation der Maßnahmen, Öffentlichkeitsarbeit zur Information und Sensibilisierung

¹⁷ Dr. Marie-Therese Krings-Heckemeier, <http://www.kompetenznetzwerk-wohnen.de/sub/de/wissenspool/kommunen/>

In Marburg wird aus Aspekten aller drei Ansätze die *quartiersbezogene kooperativ-partizipative Altenplanung entwickelt*:

- ⇒ ausdrückliches Marburger Ziel ist ein weit über Ver-Sorgung und Hilfebedarf hinausreichendes Gesamtkonzept guten Älterwerdens
- ⇒ der Aspekt der Quartiersorientierung wird v.a. durch die Befragungen und ihre Umsetzungen realisiert
- ⇒ darauf basierend werden ebenso Bürgerbeteiligung und -engagement wie die breite Einbeziehung städtischer Verwaltungs- und Planungsabteilungen (AK) praktiziert
- ⇒ Vernetzung, Kooperation und Koordination im Bürger-Kommune-Profi-Mix sind zentrale Aufgaben der Marburger Altenplanung
- ⇒ für einige Handlungsfelder¹⁸ fehlen Ist-Analysen, die Datenbasis ist für viele Bereiche und verwaltungsweit zu verbreitern
- ⇒ Steuerung (Controlling¹⁹), Evaluation und Berichtswesen sind weiter auszubauen, auch auf Wunsch des Senioren- und des Fachbeirats
- ⇒ die empfohlene Lenkungsgruppe ist in Marburg als Fachbeirat formiert und sollte längerfristig Bestand haben

Der Fachbeirat fordert zudem eine noch engere Verknüpfung altenplanerischer Belange mit der Arbeit des Kinder- und Jugendparlaments sowie anderer Beiräte und Gremien wie Ausländerbeirat, Behindertenbeirat, Gleichstellungskommission, Bündnis für Familien etc. sowie den dazugehörigen Planungsverantwortlichen. Der Auftakt ist mit Gründung des Arbeitskreises städtischer Planer/innen gemacht, zudem bedarf es zur Grundlegung und Weiterentwicklung der Alterssozialpolitik und Altenplanung einer neuen Kultur der Statistik²⁰.

1.4 Alternsvielfalt und -bilder im demografischen und kulturellen Wandel

Zielsetzung (Eckpunkte 1)

Vermittlung eines zeitgemäßen und differenzierten Altersbildes mit dem Ziel eines öffentlichen Bewusstseinswandels. Erkennbar werden sowohl die gestiegenen Ressourcen und Potenziale älterer Menschen zu Selbstverantwortung und gesellschaftlicher Mitgestaltung als auch die benötigten (kommunalen) Rahmenbedingungen für ein „gutes Altern“ im sozialräumlichen Kontext des Gemeinwesens, des Quartiers oder der Nachbarschaften.

In sozial- und insbes. altenplanerischen Kontexten fehlt selten der Verweis auf das Schlagwort vom demografischen Wandel. Zentrale Aspekte dieser Drohkulisse sind bekannt. Um dennoch eine eigenständige kommunale Gestaltungs- und Handlungsfähigkeit zu erhalten, ist die implizierte vermeintliche Alternativlosigkeit öffentlichen Handelns im Sozialbereich²¹ – (Leistungs-)Einsparungen, Ökonomisierung und Privatisierung des Sozialen, zwingender Rückgriff auf Freiwilliges Engagement – einer Prüfung zu unterziehen²². „Um solche Folgen der Bedrohungsrhetorik zu verhindern, ist u.a. die ständige Auseinandersetzung mit den wichtigsten empirischen Annahmen oder Unterstellungen notwendig. Zu diesen gehören vor allem zwei scheinbar unausweichliche Tendenzen: einerseits die Annahme, das Altern führe zu einer weder finanziell noch personell zu bewältigbaren Morbidität und Pflegebedürftigkeit; andererseits die Meinung, die demografische Entwicklung gefährde unvermeidlich und dra-

¹⁸ vgl. Kap. 2

¹⁹ vgl. Horváth, Peter. Controlling. 1996

²⁰ vgl. Empfehlungen der Bund-Länder-Arbeitsgemeinschaft zur Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege 2015: 4

²¹ http://www.christophbutterwegge.de/texte/Demografischer%20Wandel%20_Thesen.pdf

²² Fokussierung auf Demografie lenkt ab von zentralen Fragen, z.B. Ausweitung der Basis sozialer Sicherungssysteme durch Einbezug aller Leistungsträger wie Beamte und Selbstständige statt Wahl des alleinigen Weges der Privatisierung und des Abwälzens auf Freiwilliges Engagement.

matisch die wirtschaftlichen wie sozialen Rahmenbedingungen des Wohlstandes und habe die Unfinanzierbarkeit von sozialen Leistungen zur Folge²³.

Soziale Leistungsfähigkeit wird weniger vom Altenquotienten als vielmehr vom Gesamtlastquotienten – wie viel Erwerbstätige kommen auf wie viele nicht Erwerbstätige – bestimmt²⁴. Die gewählte Grenze des Altenquotienten bei 60 bzw. 65 Jahren vernachlässigt, dass die heute 75-Jährigen körperlich den 65-Jährigen von vor 30 entsprechen und v.a., dass Hilfe- und Pflegebedarf ein Thema des 4. Alters ist²⁵. Zudem sind Ältere ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Und wo ist belegt, dass „jüngere Gesellschaften“ stets die produktivsten und reichsten seien – oder wo, dass die demografischen Prognosen sich bewahrheiten werden, z.B. angesichts der aktuellen Migrationsentwicklung?

Gerade wegen des Wandels und möglicher Unsicherheiten setzt die Marburger Alterssozialpolitik und Altenplanung auf GESTALTUNG DES SOZIALEN i.S. kommunaler Daseinsvorsorge und Verantwortlichkeit. Sicher kann Engagement eine wichtige Rolle in zukünftigen Quartiers- und Stadtentwicklungsprozessen spielen und wird von der Stadt Marburg vielfältig unterstützt. Skepsis ist jedoch angesagt bei seiner Indienstnahme und Verwendung als verlässliche Planungsgröße im „Dritten Sozialraum“ als neuem Hilfesystem.

Kruse als Kommissionsvorsitzender des 7. Altenberichts betont zur Subsidiarität: „Staat und Kommunen (stehen) zentral in der Pflicht zur Vorhaltung von infrastrukturellen und sozialen Ressourcen für die Verwirklichung von Autonomie und Teilhabe“, welche Dehne ebd. als „Wiederentdeckung der kommunalen Verantwortung und Selbstverwaltung (Mobilisierung, Unterstützung, Vernetzung)“ bezeichnet. Klie präzisiert als drittes Kommissionsmitglied: „Freiwillige haben eine wichtige Bedeutung für die Sicherung der Teilhabe auf Pflege angewiesener Menschen. Ihre Arbeit darf nicht instrumentalisiert, ihr Beitrag nicht monetarisiert und ihre Tätigkeit nicht in institutionellen Logiken untergeordnet werden²⁶“.

Dem ist nichts hinzuzufügen, die Verantwortung für Alterssozialpolitik obliegt der Kommune.

Über den statistischen Kontext des demografischen Wandels hinaus wird seit mehr als 20 Jahren vom Strukturwandel des Alter(n)s gesprochen, den es planerisch zu berücksichtigen gilt. Beschrieben wird dieser Strukturwandel des Alters in Anlehnung an Tews, 1993:

- *Zeitliche Ausdehnung, Verjüngung des Alter(n)s und Hochaltrigkeit:*
diese Ausdehnung der Lebensphase Alter geschieht an den Rändern, also am Übergang aus der Erziehungs- bzw. Erwerbsphase in den Ruhestand einerseits und durch die höhere Lebenserwartung bzw. den Anstieg der Hochaltrigkeit andererseits
- *Feminisierung und Singularisierung des Alters:*
mit zunehmendem Alter steigt der Frauenanteil pro Jahrgang, zudem sind ältere Frauen sichtbarer, da eher alleinlebend und nicht durch jüngere Verpartnerung versteckt. Insbesondere bei älteren Frauen ist das Alleinleben die häufigste Wohn- bzw. Lebensform im Alter, was bspw. für die Voraussetzungen häuslicher Versorgung und Pflege zu berücksichtigen ist. Auch nehmen ältere Frauen überproportional Begegnungs-, Beratungs- oder Hilfsangebote wahr, für sich oder andere
- *(Ethnisch-kulturelle) Differenzierung des Alters/Individualisierung:*
Altersbedingungen unterscheiden sich immer stärker, die Vielfalt der Möglichkeit und Inte-

²³ B. Braun, Alptraum demografischer Wandel? Dr. med. Mabuse 195; Januar/Februar 2012: 23

²⁴ Ausweitung der Berufstätigkeit: früherer Berufseintritt, Erhöhung der (Frauen-)Erwerbsquote...

²⁵ Erst jenseits der 90 sind mehr als 50% pflegebedürftig. „Während von den 80- bis 84-Jährigen nur 8 Prozent im Heim leben, sind es bei den über 90-Jährigen bereits 34 Prozent. ...dass selbst in der Altersgruppe der über 90-Jährigen immer noch knapp zwei Drittel Zuhause leben (BMVBS)“
http://www.ruhr-uni-bochum.de/imperia/md/content/zda/ss08/naegele_donnerstag.pdf

²⁶ [https://www.siebter-](https://www.siebter-altenbe-)

altenbe-
richt.de/index.php?eID=tx_nawsecuredl&u=0&g=0&t=1445862602&hash=565696f20be875f75ba40a3470bd265c4038dacad&file=fileadmin/altenbericht/pdf/DST_Siebter_Altenbericht.pdf: Bericht der 7. Altenberichtscommission beim Dt. Seniorentag (Folie 9 + Folie 22 + Folie 50)

ressen lassen am Lebensalter orientierte Angebote leicht ins Leere laufen. Im Lebensverlauf erfahrene Prägungen potenzieren sich in der Altersphase: Isolation, Behinderung, psychische Krankheit, Suchtproblematik, Gewalterfahrungen, Armut etc.; Verstärkt wird der Trend zur Verschiedenheit durch den zunehmenden Anteil jener, die in der zweiten Heimat älter werden und dort ihre ethnisch-kulturellen Prägungen einbringen.

Diese große Heterogenität Älterer zwischen ggfs. hilfe- und pflegebedürftigen Hochbetagten einerseits über die Sandwichgeneration der Pflegenden bis hin zu den jungen Alten im Übergang in den Ruhestand andererseits, also zwischen Älterwerden mit Anspruch auf Unterstützung und fitten Älteren mit Ressourcen für sich, andere und das Gemeinwesen, ist planerisch zu berücksichtigen. Dies gilt zugleich für die vielfältigen oben angedeuteten Alternsherausforderungen wie Älterwerden mit Behinderung, in Armut o.ä.

Obwohl tendenziell alle Angebote für alle spezifischen Zielgruppen Älterer je besonders mitgedacht werden, gibt es doch zwei Adressatengruppen im kommunalen Planungsfokus: Ältere mit Migrationshintergrund und Menschen mit Demenz. Dies entspricht dem Aufbau der Leitlinien des Landkreises Marburg-Biedenkopf sowie den Empfehlungen der Bund-Länder-AG "Stärkung der Rolle der Kommunen in der Pflege".

2 Kernthemen guten Alterns in Marburg

Der Fachbeirat hat den Schwerpunkt der Arbeit am Konzept III zunächst bei der Formulierung von Grundlagen und v.a. Grundsätzen der Alterssozialarbeit und Altenplanung gelegt. Die darauf aufbauende Entwicklung konzeptioneller Darlegungen und Maßnahmeempfehlungen steht in vielen Handlungsfeldern am Anfang und wird hier als work-on-progress dargestellt. Der Zwischenbericht 11/2015 zeigt Tendenzen als Auftrag für die Weiterarbeit am Konzept III durch die Stabsstelle und mit dem Fachbeirat auf.

Zielsetzung (Eckpunkt 3)

Wesentlicher Baustein der Marburger seniorengerechten Quartiersentwicklung ist der weitere Ausbau offener Angebote in den Stadtteilen. Diese ermöglichen neben Begegnung und Austausch v.a. Engagement und Teilhabe älterer Menschen, die sich für sich und andere einsetzen, also miteinander und füreinander...

2.1 Alltags- und Zeitgestaltung im Alter

Dieses Kapitel umfasst alle Zielgruppen von älteren Arbeitnehmer/innen über die Vorbereitung auf und den Übergang in den Ruhestand bis hin zu vielfältigen Zeitgestaltungs- und Engagementformen Älterer: Freiwilliges Engagement, Begegnung, Sport und Bewegung etc. Es geht um Angebote von, mit und für ältere Menschen.

2.1.1 (Nach-)Berufliches und Freiwilliges Engagement

Während in Marburg Wege und Programme zur Unterstützung älterer Arbeitnehmer/innen und zum Übergang in den Ruhestand deutlich entwicklungsfähig sind, zeigt sich bereits ein vielfältiges Spektrum Freiwilligen Engagements Älterer und deren Unterstützung. Dieser zweite Aspekt wird daher nicht vertiefend dargestellt. Die Freiwilligenagentur Marburg-Biedenkopf bietet spezielle Angebote für den Übergang in den Ruhestand und begleitet zudem gemeinsam mit der Altenplanung im Kontext des Programms Anlaufstellen für Ältere (Abschluss-Bericht in Kürze) Prozesse und Projekte in vielen Stadtteilen.

Bedingungen guten Älterwerdens entscheiden sich schon vor den Ruhestand. Wenn auch viele Themen und Aspekte nicht in kommunaler Hand liegen - wie die Flexibilisierung des Rentenalters oder die altersgerechte Gestaltung der Arbeitswelt und -plätze - ist dieses

Handlungsfeld in Marburg doch viel stärker auszubauen. Im Fokus stehen körperlich-gesundheitliche Themen sowie psychosoziale der Neuorientierung, Sinnsuche und v.a. bei Männern des Umbaus der Kontaktstruktur. Erweiterte Öffentlichkeitsarbeit spielt(e) ebenso eine bedeutende Rolle, um auf begleitende Angebote und Beratung aufmerksam zu machen und herrschenden Vorurteilen entgegen zu wirken.

Eine Masterarbeit des FB 21/Erziehungswissenschaften könnte einen guten Einstieg für ein Marburger Programm sein. Anknüpfungspunkte dafür bietet bspw. das Heidelberger Programm „Zufrieden in den Ruhestand“ sowie das Dissertationsprojekt RUHESTAND an der Uni Stuttgart²⁷. Zu realisieren wäre ein gemeinsames (Pilot-)Projekt mit interessierten Marburger Betrieben und örtlichen Bildungsträgern. Auch der Übergang in den Ruhestand spezifischer Zielgruppen wie bspw. Menschen mit Behinderung, alleinstehende männliche „Gastarbeiter“ etc. wäre zu berücksichtigen. Zudem gibt es in einigen Kommunen bzw. Betrieben ortsspezifische Broschüren, die vergleichbar für Marburg zu erstellen wären.

Wichtige Punkte für die Weiterarbeit:

- ⇒ Konzeptentwicklung zur Begleitung älterer Arbeitnehmer und des Übergangs in den Ruhestand in Marburg
- ⇒ Erprobung von Projekten zur Begleitung in der Ruhestand in/mit ausgewählten Firmen und den örtlichen Bildungsträgern
- ⇒ Erstellung eines lokalen „Weg-Weisers“ in den Ruhestand

2.1.2 Bildung, Kultur, Freizeit und Begegnung

In Marburg gibt es bereits viele Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Begegnungsangebote für Ältere. Gute Übersichten und Zusammenstellungen finden sich, kontinuierlich aktualisiert, im Seniorenwegweiser „Älterwerden in Marburg“ sowie in der Broschüre 50+, ebenso auf der neuen städtischen Homepage (mit Verlinkungsmöglichkeit). Zahlreiche Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Begegnungsangebote gibt es ebenfalls in den Marburger Stadtteilen. Einige Initiativen sind aus Befragungen in den Stadtteilen entstanden, andere bestehen schon länger und oft in Kooperation mit bewährten Trägern, wie Stadtteil- oder Kirchengemeinden. Ansetzen muss die Weiterentwicklung der Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Begegnungsangebote auf zwei Ebenen:

a) Öffnung und Erleichterung des Zugangs zu allgemeinen Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Begegnungsangeboten

Der Fachbeirat benennt als zu bearbeitende Handlungsfelder im Bereich der Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Begegnungsangebote das Anbieten von Kultur- oder Theatervorstellungen am Nachmittag sowie generell den barrierefreien Zugang zu allen stadt-öffentlichen Veranstaltungen. Das Marburger Konzept Taxi³ wird als wichtiger Schritt in die richtige Richtung benannt und als auszubauen angesehen.

Die altersunabhängig allen offenstehenden Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Begegnungsangebote wären in einer Analyse (Prüfraster) auf ihre Zugänglichkeit für Ältere zu checken bzgl.

- *physischer Barrieren:*

von der (mangelnden) baulichen Barrierefreiheit über die Beleuchtung bis hin zu Angebotszeiten und verkehrlicher Erreichbarkeit;

- *fiskalische Barrieren:*

Älteren in guter finanzieller Situationen stehen Angebote der Gastronomie sowie des öffentlichen Kulturbetriebs zur Verfügung. Ältere in finanziell schwierigerer Lage jedoch benöti-

²⁷ <http://www.psychologie.uni-heidelberg.de/ae/abo/retirement/projekt.html> und Dissertationsprojekt RUHESTAND, Uni Stuttgart: <http://www.inspo.uni-stuttgart.de/al/mitarbeiter/Reicherz/>

gen in besonderer Weise Unterstützung bei der öffentlichen Teilhabe. Dies gilt gerade auch für jene, die etwas oberhalb der Einkommensgrenzen für Förderungen wie den Stadtpass liegen. Die Stadt Essen bietet z.B. einen (kostenpflichtigen) „Seniorenpass“ für alle Einwohner/innen ab 65 Jahren. Diesen erhalten Wohngeldbezieher für eine Bearbeitungsgebühr und Ältere mit Grundsicherungsbezug kostenlos.

- psychische Barrieren:

Weitgehend unterschätzt wird die Frage, wer warum etwas (nicht) wahrnimmt, in mehrfacher Bedeutung. Vom Anbieter als offen intendierte Angebote wirken auf potenzielle Nutzer/innen oft als „geschlossener Zirkel“: da gehen doch nur Mitglieder/ Frauen/ Hochaltrige/ Bedürftige etc. hin. Oder es herrschen grundsätzliche Unsicherheiten, sich nach Jahren mangelnder Übung neu in die Öffentlichkeit zu bewegen, wieder zu lernen, neue Kontakte zu knüpfen und sich auf Unbekannte(s) einzulassen. Gerade das vor einigen Jahren in Marburg erprobte Modell „Bewegungsstärker“, welches über den Sportbereich hinaus fast beliebig erweiterbar wäre, zeigt(e) gute Wege der Teilhabeförderung, blieb aber nach Ende der Modellphase in seiner Struktur der reinen Freiwilligkeit stecken.

b) Weiterentwicklung und Ausweitung seniorenspezifischer Angebote:

Fachbeirat:

- benötigt werden mehr Fahr- und Begleitedienste sowie mehr zugehende Bildungs-, Kultur-, Freizeit- und Begegnungsangebote
- spezifischere (Zielgruppen-)Angebote fehlen und sind partizipativ mit Vertreter/innen der Zielgruppen und örtlichen Fachleuten zu entwickeln
- Angebotsbereiche sind stärker zu verknüpfen, z.B. Bezieher/innen von Essen auf Rädern, Betreute ambulanter Pflegedienste oder Bewohner/innen stationärer Einrichtungen sollte die Teilnahme an offenen Angeboten im Stadtteil ermöglicht werden

Trotz eines großen Angebotes an seniorenspezifischen Bildungs-, Kultur-, Freizeit und Begegnungsprogrammen gibt es weiteren Entwicklungsbedarf. Die Angebote sind ungleichmäßig im Stadtgebiet verteilt und zugänglich. Eine kartographische Darstellung des Vorhandenen böte eine gute Weiterentwicklungsbasis, insbesondere in Bezug gesetzt zur Darstellung der Verteilung Älterer nach Stadtteilen. Benötigt wird zudem eine stärkere Erfassung, Bündelung und Bekanntmachung, da u.a. die Befragungen einen nach wie vor großen Informationsbedarf offenbaren. Selbst innerhalb kleinerer (ländlicher) Stadtteile zeigt sich, dass Angebote und Strukturen nicht ausreichend bekannt sind. Projekte in einzelnen Stadtteilen, die sich aus den Befragungen bildeten, zeigen, dass kontinuierliche und systematische Öffentlichkeitsarbeit allein auf freiwilliger Basis kaum realisierbar sind. Bei Angeboten und Informationen ist zudem noch stärkerer auf die gute Vernetzung von tradierten (freigemeinnützigen und gewerblichen) mit neuen, auf freiwilligem Engagement basierenden, Anbietern zu hinzuwirken sowie auf jene der beruflich-professionellen mit den bürgerschaftlich organisierten.

Wichtige Punkte für die Weiterarbeit:

- ⇒ über Angebote ist noch besser und kontinuierlicher zu informieren (s.o.), zentral unterstützt durch die Stadt Marburg
- ⇒ für öffentliche Angebote der Bildung, Kultur, Freizeit und Begegnung ist eine Analyse ihrer (seniorengerechten) Zugänglichkeit zu erstellen
- ⇒ für Ältere mit besonderen Herausforderungen bzw. spezifische Zielgruppen bedarf es der Angebotsausweitung
- ⇒ die Angebotsverteilung im Stadtgebiet ist zu prüfen und ggfs. zu optimieren
- ⇒ Träger-Angebote sind stärker mit freiwilligen Initiativen zu vernetzen
- ⇒ aus Bedarfen aller Kapitel 2.1 ist, gemeinsam mit Älteren und allen Trägern und Anbietern, ein umfangreiches Angebots-Konzept zu entwickeln, ggfs. auf Basis weiterer detaillierter Bedarfserhebungen
- ⇒ im Zentrum der Angebote von, mit und für Ältere können zeitgemäße Formen von Altag- und Begegnungsstätten stehen, durchaus mit moderner Bezeichnung.

2.1.3 Sport, Bewegung, Gesundheitsförderung

Der Fachbeirat weist besonders auf den Bedarf an differenzierten Sport- und Bewegungsangeboten für spezifische Zielgruppen hin und greift damit Wünsche aus den Befragungen auf nach Sportangeboten für ältere Männer, Menschen ab 80 Jahren oder mit einer besonderen Einschränkung.

Detaillierte Angebots- und Bedarfszahlen im Handlungsfeld Sport, Bewegung, Gesundheitsförderung fehlen, da u.a. viele Kurse nicht dezidiert für eine Altersgruppe angeboten werden (obwohl sie ggfs. durch ihre zeitliche oder inhaltliche Gestaltung de facto eine solche Seniorinnen-(Gymnastik)Gruppe sein mögen). Fraglich ist, ob und was hier ggfs. an statistischen Daten benötigt würde. Ansätze zur gezielten Planung von Seniorensportangeboten gab es in Marburg 2011 und 2012 im Zuge der Sportentwicklungsplanung, ohne dass dieser Schwerpunkt systematisch-vertiefend aufgegriffen werden konnte.

Für die im Rahmen der Sportentwicklungsplanung als vordringlich bestimmten Bereiche

- Bewegungsungewohnte und zurückgezogen Lebende
- Menschen mit Demenz
- Hochaltrige, insbes. in Einrichtungen lebend
- Ältere mit Migrationshintergrund

sind (auch) andernorts vorhandene Ansätze auf ihre Übertragbarkeit auf Marburg zu prüfen.

Themen	Programme	Partner/innen
alle ab der Lebensmitte	Aktionstag à la Tübingen	
Ältere mit Behinderung		fib, Lebenshilfe, blista, Blickpunkt
Menschen mit Demenz	LSB, Vincentz-Verlag	Alzheimer Gesellschaft, Lokale
Depressive		Bündnis gegen Depression
Bewegungsungewohnte	Bewegungsstarthelfer	
Zurückgezogen Lebende	Zugehende Angebote	Nachbarschafts- und Beteiligungsprojekte
Frauen/Männer		
junge Senior/innen	DSOB: 50+	Bildungsträger, Seniorengruppen
„Kerngruppe“	DSOB: 70+	Senioren-Sportgruppen
Heimbewohner/innen	Heim + Verein	Marburger Heime
Hochaltrige	Fit für 100	Pflegedienste u.a.

Wichtige Punkte für die Weiterarbeit (in enger Kooperation mit dem FD Sport):

- ⇒ Weiterentwicklung der in der Sportentwicklungsplanung entworfenen Konzepte und Absicherung mit notwendigen Ressourcen für Planung und Umsetzung
- ⇒ Expertengespräche, z.B. mit Senioren- sowie Fachbeirat, Trägern und Anbietern des Senioren- und Sportbereichs, der Alzheimer Gesellschaft etc.
- ⇒ Sekundärauswertung der Befragungen der Sportentwicklungsplanung (Vereins- und Bevölkerungsbefragung) zum Fokus Älterwerden
- ⇒ Auswertung und Ergänzung der Marburger Befragungen Älterer in den Stadtteilen zum Aspekt Sport und Gesundheit
- ⇒ Sichtung der Fachliteratur und -programme (LSB, DSOB,...) für „Gute Praxis“
- ⇒ Planung und Umsetzung von z.B. Vortragsreihe, öffentliche Aktivitäten/Aktionstag, Ausstellung im Beratungszentrum BiP etc.

2.1.4 Altentages- und Begegnungsstätten

Begegnungszentren dienen Aufbau und Erhalt tragfähiger sozialer Netzwerke Älterer. Neben Begegnung stehen Beratung und Bildung im Mittelpunkt der Arbeit. Besucher/innen wirken mit und gestalten gemeinsam das Leben im Begegnungszentrum. Gute Konzepte liegen seit langem vor, das Konzept der Altentages- und Begegnungsstätten ist alt²⁸, erlebt aber in den letzten Jahren eine Renaissance, oft mit neuen Schwerpunkten oder modernen Etiketten. Dass Begegnungszentren zeitgemäß sind oder sein können, zeigt bspw. der Kampf älterer Hausbesitzer/innen in Pankow für ihre „Stille Straße“²⁹ oder unter dem Schlagwort „Kinder von gestern“ das „1. Jugendzentrum für Senioren“³⁰, nominiert für den Deutschen Alterspreis 2015. Wichtig sind Orte mit bedarfs- und zeitgemäßem Angebot unter akzeptablen Bezeichnungen und mit tragfähigen Strukturen bei fachlich hohen Standards.

Im engeren Sinn mit (fast) täglicher Öffnung und vielfältigen Angeboten gibt es in Marburg lediglich eine „echte“ Altentages- und Begegnungsstätte, und zwar „Auf der Weide“ in Trägerschaft der MAHSJ. Auch die Altentages- und Begegnungsstätte der Dr. Wolffschen Stiftung bietet täglich Mittagstisch und Kaffee sowie an manchen Tagen Rahmenprogramm, ist aber vornehmlich auf die eigenen Mieter/innen ausgerichtet.

Weitere umfassende Altentages- und Begegnungsangebote gibt es in Marburg derzeit nicht. Vorhanden jedoch ist ein Mehrgenerationenhaus mit Raum für gemeinsame Aktivitäten und neues nachbarschaftliches Miteinander. Mehrgenerationenhäuser zielen auf Alltagskompetenzen sowie Erfahrungswissen, Integration und Zusammenhalt. Der „Offene Treff“ vieler Mehrgenerationenhäuser, z.B. als Bistro oder Café, ist für viele Besucher/innen die erste Anlaufstelle und Ausgangspunkt für weitere Aktivitäten. In Marburg sind Barrierefreiheit und Inanspruchnahme(möglichkeiten) durch Ältere weiter zu intensivieren und zu fördern.

Neben dem Zentrum Auf der Weide und dem Mehrgenerationenhaus sind in Marburg weitere Angebote ausbaufähig in Richtung zeitgemäßer Altentages- und Begegnungsstätte. Für die Öffnung für Menschen mit Demenz bieten die Begegnungscafés der Alzheimer Gesellschaft gute Ansätze, für interkulturelle Öffnung der Einbezug der Kulturvereine und ihrer Angebote. Dazu gehört sowohl die mit Landesförderung geschaffene hingilskoots Scheune in Schröck als auch kleinere Projekte in den (Außen-)Stadtteilen. Bedauerlich ist, dass bisher gute Ideen wie bspw. der gewünschte gemeinsame Mittagstisch von Jung und Alt in der Marbach an Auflagen und Formalia scheitern. Dabei böten sich weitere altersübergreifende Strukturen zur Weiterentwicklung an – wie bspw. mit dem Bürgerverein in Gisselberg aufgrund der Nachbarschaft von Bürgerhaus und Kindertagesstätte etc.

Wichtige Punkte für die Weiterarbeit:

- ⇒ in Marburg sollten, unter Einbezug zeitgemäßer Weiterentwicklungen, moderne Altentages- und Begegnungsstätten ausgebaut werden
- ⇒ zukünftige Begegnungszentren sind insbes. für Ältere mit Migrationshintergrund zu öffnen, für Menschen mit Demenz sowie weitere spezifische Zielgruppen (Orientierung bietet, v.a. zur Inklusion, das Offenbacher Konzept)
- ⇒ insbesondere das Mehrgenerationenhaus, hingilskoots Scheune und das Altenzentrum am Richtsberg sind pilotartig weiter zu entwickeln
- ⇒ das am Richtsberg bei Modernisierung der Marburger Altenhilfe geplante Beratungs- und Begegnungszentrum, konzipiert in Zusammenarbeit mit Bürger/innen und örtlichem Expertennetz, dient der Modellentwicklung

²⁸ In Gemeinschaft alt werden. KDA 1964

²⁹ <http://www.seniorfirst.de/wissenswertes/interview-stille-strasse.html>

³⁰ <http://kindervongestern.de/>

2.2 Beratung und Information

Beratung und Information bilden eine Grundlage guten Älterwerdens, oft die zentrale Voraussetzung. Dies bezieht alle Handlungsfelder ein, von der Zeitgestaltung über Wohnberatung bis zur Unterstützung bei Hilfe- und Pflegebedarf oder guter Organisation der Mobilität. Mit dem trägerübergreifenden Beratungszentrum BiP gibt es in Marburg eine umfassende und in steter Weiterentwicklung befindliche Anlaufstelle, die vielfältige Beratungs- und Informationsbedarfe vereint. Dennoch wird nicht zuletzt in den Befragungen, wie oben dargestellt, deutlich, dass z.B. Bedarfe geäußert werden an eigentlich vorhandenen Angeboten. Zu diesen fehlt es an Informationen und öffentlicher Wahrnehmung, ggfs. zudem an größerer Bekanntheit bei Kooperationspartnern wie Beratungsstellen und Anbietern.

Fachbeirat:

- Hauptberufliche, in Teilzeit- oder Nebentätigkeit sowie Freiwillig im Seniorenbereich Engagierte müssen ihre Zusammenarbeit, gegenseitige Information und Einbezug verstärken
- um eine breitere Information und Teilhabe Älterer zu erreichen, sind verstärkt neue Medien zu nutzen und neue Wege zu entwickeln, z.B. eine „MR 60+ APP“?

Information und Beratung sind stetig weiter auszubauen und dabei moderne Kommunikation zu nutzen und Wege zu entwickeln, um Information dorthin zu tragen, wo Ältere sind oder hinkommen. Ein kleines örtliches Beispiel ist das Projekt „Frauen in Bewegung“³¹, unterstützt vom Gleichberechtigungsreferat. Seitens der Stabsstelle Altenplanung ist ein Newsletter in Vorbereitung, der drei Mal jährlich Informationen bündelt. Zunächst dient der Rundbrief dem Austausch mit der Stabsstelle und dem Kennenlernen von verschiedenen Stadtteilinitiativen. Hierzu werden nach und nach die verschiedenen Initiativen und ihre Arbeit in einem kurzen, informativen Text und Bildmaterial vorgestellt. Es können Links eingefügt werden, unter denen man sich über Termine und Veranstaltungen informieren kann. Zudem ist geplant, je eine Schlüsselperson vorzustellen und zu portraituren. Das können Ansprechpartner/innen aus der Stabsstelle und angrenzenden städtischen Fachdiensten (im BiP) sein, aus der Freiwilligenagentur oder aus den Nachbarschafts- und Beteiligungsprojekten. Zudem wird über externe Projekte oder Termine berichtet.

2.2.1 Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt (BiP)

Zielsetzung (Eckpunkt 2)

Information, Beratung und Kooperation zu Wohnen, Betreuung, Pflege und Altern sowie Freiwilligem Engagement werden wesentlich gefördert durch das gemeinsame Träger-übergreifende Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt BiP (Am Grün 16 in Marburg). Das BiP bietet kostenlos und trägerneutral

- vielfältige Informationen unter einem Dach
- Unterstützung mit Rat und Tat
- Begleitung bei wichtigen Entscheidungen
- Hilfe und Unterstützung für Angehörige
- Vermittlung in vielfältige freiwillige Tätigkeiten
- Begleitung und Anlaufpunkt für Selbsthilfegruppen

Das Beratungszentrum mit integriertem Pflegestützpunkt BiP ist ein hessenweit einmaliges Kooperationsprojekt in gemeinsamer Trägerschaft der Stadt Marburg, des Landkreises, der Alzheimer Gesellschaft, der Freiwilligenagentur sowie des Marburger Vereins für Selbstbestimmung und Betreuung. Im Fokus stehen Informationen und Beratung zu Altern, Pflege, Wohnen und Betreuung sowie freiwilligem Engagement. Die Beratungsstelle ist Anlaufstelle für hilfebedürftige Menschen mit Fragen rund um Wohnen, Pflege, Betreuung und Unterstüt-

³¹ vgl. <http://www.marburg.de/de/112026>

zung, Angehörigenhilfe- und pflegebedürftiger Menschen sowie Interessierte jeden Alters auf der Suche nach Möglichkeiten, sich freiwillig zu engagieren. Die Beratung ist grundsätzlich trägerneutral und kostenfrei. Zudem gibt es im Haus öffentliche Veranstaltungen und wechselnde Ausstellungen als Türöffner.

Das Beratungszentrum deckt viele seit dem Konzept I bis hin zu den Befragungen geäußerte Forderungen und Bedarfe ab. Stetig wächst zudem das dortige Angebot um zahlreiche kleinere Beratungsanbieter wie Blickpunkt Auge, Leben mit Krebs, Arbeitskreis gemeinschaftlich Wohnen sowie die Sprechstunde des Seniorenbeirates.

Schon nach kurzer Zeit hat sich unter diesem gemeinsamen Dach ein intensiver Kooperationsverbund entwickelt, der den Rat- und Hilfesuchenden weite Wege und den Anbietern durch abgestimmtes Handeln unnötige Doppelarbeit erspart. Übergeordnetes Ziel ist es, Hilfebedarf und Unterstützung gleichberechtigt zu fördern mit aktivem und selbstverantwortetem Altern, bei dem Ältere nicht nur Empfänger/innen von Beratung und Hilfe sind, sondern zugleich Mitgestalter/innen des Miteinander der Generationen von Professionellen und Ehrenamtlichen in vielfältigen Bereichen sowie insbesondere bei der Stadtteilentwicklung durch Nachbarschafts- und Beteiligungsprojekte.

2.2.2 Sonstige Beratung zu Altern und sozialen Fragen

2.2.3 Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen

"Und das halte ich für eine der größten Aufgaben des politischen Geschäfts, für eine der größten Aufgaben der Ethik und überhaupt der Infrastruktur, dass wir uns mit der Frage auseinandersetzen: Wie kann es uns noch besser gelingen, öffentliche Räume zu schaffen, zu denen auch ältere Menschen mit einer Demenzerkrankung Zugang haben und in denen sie handeln, sprechen können, ohne von anderen abgelehnt zu sein³²".

Menschen mit Demenz bilden eine steigende zunehmende, v.a. in frühen Krankheitsstadien, alleinlebende Bevölkerungsgruppe. In vielen Alltagsbereichen stellen sich Herausforderungen guten Umgangs mit Demenz. Neben pflegerischer Versorgung wird gutes Leben mit Demenz zum öffentlichen Thema der Stadtgesellschaft. Weniger spezifische, getrennte Schonräume, sondern vielmehr die inklusive Stadtgesellschaft ist das Ziel.

Angebote der Bildung, Kultur, Freizeit und Begegnung müssen sich öffnen, ebenso Arztpraxen, Vermieter/innen und Dienstleistungsgewerbe, Verkäufer/innen und Busfahrer/innen. Aus den Stadtteilbefragungen Älterer zu ihren Wünschen und Bedürfnissen sind bspw. zwar vielfältige Angebote entstanden. Doch kommen diese Initiativen, Angebot und Engagierten spätestens dann an ihre Grenzen, wenn es um den Einbezug von Menschen mit Demenz geht bzw. den Umgang mit ihnen. Zur Gestaltung guten Alterns im Stadtteil stehen freiwillig Engagierte zukünftig stärker vor der Herausforderung, Menschen mit Demenz mit zu denken.

In Marburg leben mehr als 2.000 Menschen mit Demenz. In stationären Einrichtungen leiden ca. 50%³³ der Bewohner/innen an demenziellen Veränderungen. Eine deutlich höhere Zahl „Betroffener“ ergibt sich durch den Einbezug ihrer Angehörigen sowie jener in frühen Erkrankungsphasen. Nach ihren wichtigsten Anliegen befragt, benannten pflegende Angehörige als zentrale Aufgaben:

- Bereitstellung von mehr Information und Qualifikation, v.a. für Angehörige
- Gewinnung weiterer (v.a. männlicher) Unterstützer/innen zur Entlastung Pflegender.

³² Kruse, Andreas. Öffentlicher Vortrag Alter braucht Nachbarschaft: Geteilte Verantwortung für pflege in Stadtgesellschaft und Stadtteil. Kassel 30. August 2012

³³ vgl. http://maro-zentrum.de/wp-content/uploads/2012/10/FaktenZahlen_Demenz_und_Pflege_WGs.pdf

Aus dem sozialen Umfeld, v.a. der Nachbarschaft, wird häufig von pflegenden Angehörigen erwartet, demenzbedingte Einschränkungen nicht in die Öffentlichkeit zu tragen, sondern das „Problem“ allein zu lösen. Daher ist es unerlässlich, in Nachbarschaft und Quartier bzw. stadtweit für Aufklärung über Demenz zu sorgen. Allein so können Angehörige ihre stabilisierende, unterstützende Rolle und perspektivisch eine Schutzfunktion, insbesondere für die zunehmende Zahl alleinlebender Menschen mit Demenz, wahrnehmen.

Seit 2000 steht die Alzheimer Gesellschaft Marburg-Biedenkopf e.V. als Anlaufstelle zur Verfügung mit Angehörigengruppen, Betreuungsgruppen und Freiwillig Helfende für Betreuungsleistungen. Ihre Projekte zur Begegnung von Menschen mit und ohne Demenz wie das Café Nikolai (in Kooperation mit der Stadt) zeigen, dass eine Öffnung für alle ein Gewinn sein kann. Die Alzheimer Gesellschaft konnte bereits verstärkt in die Begleitung und Unterstützung der Engagementgruppen in den Stadtteilen einbezogen werden.

Neben der Alzheimer Gesellschaft hat sich die Initiative „LiA – Leben im Alter“ gebildet mit dem Ziel, dezentral im Stadtgebiet selbstbestimmte ambulant betreute Wohngemeinschaften zu schaffen. Dem Engagement LiAs ist es zu verdanken, dass in Marburg eine Demenzpflegewohngemeinschaft entstanden ist - in Verantwortung der BI Sozialpsychiatrie.

Stabsstelle Altenplanung, Alzheimer Gesellschaft, Initiative LiA sowie BI Sozialpsychiatrie haben 2013 die „Allianz für Menschen mit Demenz“ mit z.Zt. 14 Kooperationspartner/innen.

Die Lokale Allianz zielt v.a. ab auf

- Bündelung und Vernetzung des Potenzials von Bürger/innen, Vereinen, Bildungseinrichtungen, Politik und Verwaltung
- Bewusstseinswandel i.S. einer Sensibilisierung und Öffnung der Stadtgesellschaft für Demenz sowie insbes. die Bedürfnisse Betroffener und ihrer Angehörigen d.h.
- Abbau von Ängsten und Vorbehalten gegenüber Menschen mit Demenz
- Förderung eines selbstverständlicheren Umgangs mit Menschen mit Demenz
- Aufgreifen vorhandener Entwicklungs- und Unterstützungsbedarfe im Umgang mit Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen im Quartier
- Schaffung neuer Angebote für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen z.B. Begegnung für Menschen mit und ohne Demenz oder ambulante Wohngruppen.
- Integration der (Anliegen von) Menschen mit Demenz und ihrer Angehörigen in bestehende Angebote und Quartiere.

Bisher bilden Vortrags- und Öffentlichkeits-Veranstaltungen, trägerübergreifende Kooperationen sowie Fachberatung Schritte zu einer demenzfreundlichen Kommune. Arbeitsschwerpunkt der Lokalen Allianz 2016 werden Schulungen für Dienstleistungs- und Gesundheitsberufe zum Umgang mit Menschen mit Demenz sein sowie ein Demenzwegweiser. Nach Auslaufen der Förderung, die für die Koordinatorin verwendet wurde, die dauerhafte (finanzielle) Absicherung der Arbeit zu sichern. Die geleistete Arbeit ist kommunale Daseinsvorsorge.

Wichtige Punkte für die Weiterarbeit:

- ⇒ Öffentlichkeitsarbeit und Sensibilisierung der Stadtgesellschaft für (Bedarfe von) Menschen mit Demenz
- ⇒ Schulung verschiedener Berufsgruppen aus Dienstleistung, Handel, Gewerbe, aber auch Gesundheitssystem im Umgang mit Menschen mit Demenz
- ⇒ stärkere Vernetzung der Angebote und Anbieter, in professioneller Trägerschaft sowie bürgerschaftlich organisiert
- ⇒ dauerhafte Absicherung der Arbeit der „Allianz für Menschen mit Demenz“

2.2.4 Altern in der neuen Heimat

2.3 Wohnen im eigenen Zuhause

Zielsetzung (Eckpunkt 4)

Voraussetzungen guten Wohnens und Lebens im Alter werden v.a. durch quartiersbezogene Beratung, (Wohn-)Projekte und ambulante Pflegeinfrastruktur geschaffen. Dezentral in den Stadtteilen fördert die Stadt Marburg alternsgerechten Wohnraum, Wohnumfeld und Mobilität. ... Dazu gehört ebenso die Förderung innovativer, gemeinschaftlicher oder Mehrgenerationen-Wohnformen.

Menschen verbringen in der nachberuflichen Phase einen großen Teil ihrer Zeit in der eigenen Häuslichkeit und Umgebung. Zudem wächst mit möglichen Einschränkungen auch die Verletzlichkeit oder Empfindlichkeit für (suboptimale) Wohnbedingungen. Kleine Hindernisse können zu großen Einschränkungen führen, von räumlichen Barrieren im Haus bis zu fehlenden (sozialen) Infrastrukturen in der Umgebung oder im Quartier. Umso bedeutsamer sind umfassende Konzeptentwicklungen in diesem Handlungsfeld. Als Fernziel sieht der Fachbeirat die schrittweise Realisierung des Bielefelder Modells an.

Zunächst ist eine Analyse zum Wohnen Älterer in Marburg notwendig, ggfs. als Sekundärauswertung der Wohnungsmarktanalyse in Marburg bzw. daran anknüpfend. Einzubeziehen sind ebenso Ergebnisse der Befragungen in den Stadtteilen, da Wohnen zentrales Befragungsthema war und grundsätzlich zentrale Bedingung guten Älterwerdens ist.

Der insgesamt große Bedarf an (barrierefreien, bezahlbaren, kleinen, infrastrukturell geeigneten) Wohnungen ist in der Wohnungsmarktanalyse deutlich geworden. Dort finden sich zudem Handlungsempfehlungen, die viele Bereiche des Wohnens Älterer im eigenen Zuhause betreffen. Im kommunalen Altenplanungskonzept III sind diese Punkte ebenso vertiefend auf zu greifen wie die derzeitigen Bautätigkeiten. Neubauten in Marburg sollen künftig zu 100 % barrierefrei gestaltet sein, um dem großen Bedarf Rechnung zu tragen, aber auch, um langfristig zukunftsfähig zu sein.

Im Hinblick auf eine qualitative Ausweitung des Angebots sieht die Fachstelle Wohnberatung zudem bei gemeinschaftlichen bzw. quartiersbezogenen Angeboten in Marburg ein hohes Nachfragepotential. Im Rahmen des Runden Tisches „Preiswerter Wohnraum“ beteiligt sich die Fachstelle daher an der Weiterentwicklung und Implementierung eines vielfältigen Angebots an Wohnraum und Wohnformen älter werdender Menschen und Menschen mit Behinderung in Marburg. In der prozessbegleitenden Lenkungsgruppe zum „Runden Tisch“ haben sich u.a. die Arbeitsgruppen „Barrierefreiheit“ und „Gemeinschaftlich Wohnen“ gebildet: Die Mitbegleitung und -gestaltung dieses Prozesses hin zu einem barrierefreieren, vielfältigeren Angebot an Wohnformen ist auch aus der Perspektive der Wohnberatung ein wichtiger Schritt aktiver Teilhabepolitik in Marburg.

2.3.1 Wohnberatung und Wohnraumanpassung

Um dem Wunsch vieler Älterer gerecht zu werden, auch mit zunehmenden Einschränkungen in der eigenen Wohnung oder zumindest im vertrauten Wohnumfeld bleiben zu können, müssen zukünftig flexible und individuelle Lösungen angeboten werden. Ein Baustein dabei ist die (verhältnismäßig) kostengünstige Anpassung von Wohnungen mit Hilfe geeigneter Hilfsmittel oder kleineren Umbaumaßnahmen. Nicht selten kann die Selbständigkeit auf diese Weise auch bei Beeinträchtigungen im Alter gesichert und das Risiko der Pflegebedürftigkeit reduziert werden. Die Stadt Marburg verfügt seit 2010 über die Fachstelle Wohnberatung als Arbeitsbereich des Pflegebüros, vernetzt mit weiteren Wohnberater/innen³⁴. Vorgehalten wird ein umfassendes Beratungsangebot, um es älteren Menschen und Menschen mit Behinderungen zu ermöglichen, möglichst selbstständig in der eigenen Wohnung und im vertrauten Wohnumfeld zu leben.

³⁴ s. www.marburg.de/de/46917

Die Marburger Wohnberatung umfasst drei zentrale Bereiche:

- Information zu verschiedenen Wohnformen

Für das breite Angebot an verschiedenen Wohnformen vom selbstständigen Wohnen in einer (barrierefreien) Wohnung über gemeinschaftliches Wohnen und Betreutes Wohnen bis zur (Pflege-)Wohngruppe oder zum (Pflege-)Heim bietet die Wohnberatung individuelle Orientierung und Entscheidungshilfe.

- Beratung zur Gestaltung bzw. Anpassung der eigenen Wohnung an individuelle Bedürfnisse (Wohnraumanpassung)

Oft sind kleine bauliche Veränderungen ausreichend, um ein selbstständiges Leben in den eigenen vier Wänden zu gewährleisten. Das Beratungsangebot umfasst ebenso Informationen zu technischen Hilfsmitteln und Finanzierungsfragen. Dieses Angebot wird zunehmend von Vermieter/innen angefragt.

- Der Wohnungswechsel: Unterstützung bei der Suche nach einer geeigneten, barrierefreien Wohnung

Nicht immer ist der Verbleib in der eigenen Wohnung möglich oder sinnvoll. Unfreiwilliges Alleinwohnen durch Verwitwung, Trennung und Wegzug der Kinder und Verwandten kann u.U. zu Isolation führen. Einschränkungen jeglicher Art können neue Situationen schaffen. Mit Beratung und Öffentlichkeitsarbeit sollte mehr Umzugsmobilität gefördert werden³⁵ in Lebensphasen, in denen die Menschen noch selbstbestimmt überlegen und entscheiden können, wie sie altwerden möchten. In dieser Altersphase sind die Möglichkeiten, sich ein neues soziales Umfeld zu schaffen, relativ gut.

Ist ein Wohnungswechsel erforderlich, weil die bisherige Wohnung nicht angepasst werden kann oder „zu groß geworden ist“, unterstützt die Wohnberatung ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen bei der Wohnungssuche. In Marburg gibt es jedoch zu wenig geeigneten Wohnraum insbesondere für Menschen, die aufgrund von Mobilitätseinschränkungen auf barrierearme bzw. barrierefreie Wohnungen angewiesen sind. Zudem werden adäquate freie oder frei werdende Wohnungen nur selten gemeldet. Daher gibt es seit 2004 die WohnungsBörse für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen als Kooperationsprojekt zwischen dem Pflegebüro der Stadt Marburg und dem Verein zur Inklusion behinderter Menschen (fib e.V.). Um diese Arbeit voranzutreiben, werden weitere Freiwillige im Rahmen des Konzepts „Lotsen durch den Wohnungsmarkt“ akquiriert und spezifisch geschult.

Informationen und Tipps zur Wohnungssuche gibt es durch telefonische Beratung und in persönlichen Gesprächen. Häufig werden individuelle Strategien entwickelt, Bewerbungen unterstützt und Kontakte hergestellt. Die WohnungsBörse versteht sich als Servicestelle sowohl für wohnungssuchende Menschen als auch für Vermieter/innen. Selbstverständlich ist die Beratung und Unterstützung kostenfrei und anbieterneutral.

Für Mitglieder bietet der Sozialverband VdK ebenfalls Beratung zum Thema Wohnen, Hilfsmittelversorgung, Barrierefreiheit im öffentlichen Raum sowie Wohnraumanpassung. Angeboten wird zum einen Wohnberatung mit dem Tätigkeitsschwerpunkt in der Wohnraumanpassung, zum anderen Fachberatung im Themenkomplex „Zertifizierungen zu Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden“, ab.

2.3.2 Altengerechte Wohnungen

2.3.3 Service-Wohnen/Betreutes Wohnen

³⁵ vgl. Beispielprojekte: „Relocation in old Age“: Begleitung und Unterstützung bei einem Umzug in eine altersgerechte Wohnung oder „Die Fleckenbühler“/Cölbe-Schönstadt: Umzug für Senior/innen

2.3.4 Neue (gemeinschaftliche) Wohnformen

Zwar können ambulante und wohnungsbezogene Dienstleistungen den Verbleib in den eigenen vier Wänden fördern, doch ist dabei die Wohnumgebung einzubeziehen: Gebäude, Wohnquartiere, Nachbarschaftsstrukturen. Mit abnehmender Mobilität werden gerade die Qualitäten des unmittelbaren Wohnumfeldes für die selbständige und teilhabende Lebensführung immer entscheidender. Neuere Konzepte gemeinschaftlichen Wohnens bieten bauliche und soziale Alternativen zu herkömmlichen Formen der Wohnungsversorgung, zu isoliertem Wohnen, zu Wohnanlagen und Pflegeheimen.

Wohnprojekte sind dauerhafte Zusammenschlüsse von Menschen, die freiwillig und bewusst bestimmte Bereiche ihres Lebens zeitlich und räumlich miteinander teilen. Manche Städte – z.B. Frankfurt/M, Wiesbaden oder Hamburg – haben zur Förderung gemeinschaftlicher Wohnprojekte öffentliche Strukturen geschaffen. Diese fungieren als Kontakt- und Anlaufstelle mit Infoveranstaltungen, Runden Tischen und sehr viel Beratung und Vernetzung. Eine vergleichbare Anlauf- und Koordinierungsstelle wird in Marburg benötigt.

Nicht allein Einzelne profitieren vom gemeinschaftlichen Wohnen, sondern auch Kommunen für ihre Stadtentwicklung. Bewohner/innen von Wohnprojekten schaffen durch Selbstorganisation und politische Einmischung stabile und soziale Nachbarschaften in ihrem Umfeld. Sie regen (seniorengerechte) Quartiersentwicklung an und treiben eine fortschrittsfähige Baukultur voran. Zudem entlastet die nachbarliche Selbsthilfe kommunale Hilfesysteme. Die meist halböffentlichen Gemeinschaftsräume befördern Kommunikation und Aktivierung im Quartier. Daher sollten Kommunen Anschubförderung für Pilotprojekte bereitstellen, denn „Nachahmen“ ist immer einfacher als Pionierarbeit. Das Nadelöhr beim Aufbau und der Entwicklung eines Wohnprojektes ist die Grundstückssuche. Jedes Projekt konkurriert auf dem freien Grundstücks- und Immobilienmarkt mit Investoren, die ihre Entscheidung nicht mit anderen Interessenten abstimmen müssen und daher schneller sind. Gruppen sind aufgrund ihrer partizipatorischen Prozesse beim Grundstückskauf oft gegenüber Bauträgern oder Wohnungsunternehmen benachteiligt. Deshalb ist die kommunale Unterstützung der Wohnprojekte bei der Grundstückssuche und -vermittlung – insbesondere beim Verkauf städtischer Grundstücke mit vorgeschalteter zeitlicher Optionierung – ein ganz entscheidendes Instrument und die wichtigste Hilfestellung, die Kommunen leisten können.

Doch nicht allein Mitwirkende und Kommunen können von gemeinschaftlichem Wohnen profitieren, sondern auch (städtische) Wohnungsunternehmen. Falls Projektgruppen nicht selbst bauen möchten, sei es als Genossenschaft oder als Wohnungseigentümergeinschaft, können sie unter dem Dach eines Investors ihr Projekt zur Miete verwirklichen. Investoren haben dabei gegenüber dem „normalen“ Mietwohnungsbau folgende Vorteile:

- Einstieg in einen neuen Markt, ggfs. mit Erprobung neuer Bautechnik
- Planungssicherheit (Die Mieter/innen sind von Anfang an da)
- Geringe Instandhaltungs- und Verwaltungskosten
- Imagegewinn
- Stabilität im Quartier

Wichtige Punkte für die Weiterarbeit:

- ⇒ die Stadt Marburg sollte gemäß der InWiS-Studie innovative Wohnformen (Älterer) fördern
- ⇒ durch Schaffung einer Koordinationsstruktur
- ⇒ sowie Modellförderung von Pilotprojekten

2.4 Ambulante und alltagsunterstützende Hilfen

2.4.1 Alltagshilfen, technische Assistenzsysteme und Betreuung zuhause

2.4.2 Ambulante Tag- und Nachtpflege inkl. mobile Rehabilitation

2.4.3 Medizinische Versorgung älterer Menschen

2.4.4 Ambulante Hospiz- und Palliativdienste

2.5 Tagespflege und Pflegeheime

Zielsetzung (Eckpunkt 5:)

Präventive Angebote der Gesundheits- und Bewegungsförderung für ältere Menschen sowie ggfs. ihre (pflegenden) Angehörigen ergänzen diese dezentralen Strukturen. Dies gilt ebenso für die weiter zu entwickelnde Tages-, Kurzzeit bzw. Urlaubs- und Verhinderungspflegeangebote im teilstationären Sektor, stets in Kooperation mit vorhandenen Trägern, Strukturen und Angeboten.

der Fachbeirat mahnt die notwendige Entwicklung von mehr und ausdifferenzierteren „Zwischenformen“ an.

2.5.1 Tagespflege

2.5.2 Kurzzeitpflege

2.5.3 Alten- und Pflegeheime

Zielsetzung (Eckpunkt 6:)

Ergänzt werden diese beratenden, offenen, ambulanten und teilstationären Angebote punktuell durch modernisierte stationäre Pflegeeinrichtungen. Auch diese öffnen sich stärker ins Umfeld und werden zu Akteuren der Stadtteil- und Quartiersentwicklung im Rahmen des kulturellen und gesellschaftlichen Wandels des Alterns. Ein Schrittmacher wird dabei die Marburger Altenhilfe St. Jakob GmbH mit der beschriebenen Modernisierung sein.

2.5.4 Stationäre Hospizpflege

3 Alternsgerechte Stadt- u. Quartiersentwicklung

Seit geraumer Zeit erlebt im Sozialen die Rückbesinnung auf sozialräumliche Einflüsse im Umfeld, Stadtviertel oder Quartier eine Renaissance, nachdem Gemeinwesenkonzepte der 1970er und 1980er Jahre in Vergessenheit geraten waren. Bedingungen guten Älterwerdens vom Übergang aus Erziehung und Beruf über Sinnsuche und Umorientierung bis hin zu „Pfleger und Demenz müssen ein öffentliches Thema werden, jenseits von medial inszenierten apokalyptischen Beschreibungen, und dies sowohl gesamtgesellschaftlich als auch im eigenen Alltag, vor Ort in der Gemeinde, Städten, Nachbarschaften³⁶“. Aktuell geschieht dies mit Schlagworten Dritter Sozialraum, Caring Community oder Sorgende Gemeinschaft.

Zielsetzung (Eckpunkt 4:)

Voraussetzungen guten Wohnens und Lebens im Alter werden v.a. durch quartiersbezogene Beratung, (Wohn-)Projekte und ambulante Pflegeinfrastruktur geschaffen. Dezentral in den Stadtteilen fördert die Stadt Marburg alternsgerechten Wohnraum, Wohnumfeld und Mobilität. Diese lokale Ausrichtung ist zugleich Voraussetzung für zielgruppenspezifische Angebote für Ältere mit besonderen Bedarfen: ältere Menschen mit Behinderung, kultursensible Angebote, Begegnungs- und Wohnangebote für Menschen mit Demenz und ihre Angehörigen etc. Dazu gehört ebenso die Förderung innovativer, gemeinschaftlicher oder Mehrgenerationen-Wohnformen.

Der Blick richtet sich auf die lokale Ebene und damit die Kommune, den Fokus des 7. Altenberichts der Bundesregierung (2015/2016).

Dort sind mit Blick auf die Kommunen als Anforderungen benannt:

- Neukonzeption des Subsidiaritätsprinzips - neue Verantwortungsteilung in der Daseinsvorsorge
- Steigende Bedeutung von Dorf und Quartier für die Ausgestaltung der Lebensqualität
- Wiederentdeckung der kommunalen Verantwortung und Selbstverwaltung (Mobilisierung, Unterstützung, Vernetzung).

Besonders die erste und dritte Forderung sind im Marburger Konzept umzusetzen als kommunale Verantwortung für gutes Älterwerden vor Ort.

Die notwendige Stärkung der Kommune muss lt. 7. Altenbericht erfolgen durch

- Neues Selbstverständnis von kommunaler Verwaltung und Politik für ihre Rolle in der kommunalen Gemeinschaft sowie
- Befähigung durch Bund und Länder, diese Rolle auszufüllen (Personal, Finanzen, flexibler Rechtsrahmen, Begleitung und Unterstützung)³⁷.

Diese Punkte decken sich 100%-ig mit den Forderungen des Fachbeirats an das Konzept III.

Die zentrale Frage, auch des Fachbeirats, lautet: „Vor dem Hintergrund der Bedeutung sozialer Netzwerke ist es wichtig, dass die soziale Infrastruktur in den Mittelpunkt der kommunalpolitischen Aufmerksamkeit rückt. Wie können Menschen im (hohen) Alter leben, und zwar so leben, dass sie dazugehören?“³⁸ Dazu soll die Marburger Konzeptentwicklung eine Antwort geben.

3.1 Einwohner/innen-Befragungen als Grundlage zur Altenplanung

Die Befragungen Älterer haben sich zu einem zentralen Impuls der Marburger Altenplanung entwickelt. Das stadtteilspezifische und exemplarische Vorgehen hat sich bewährt, die Da-

³⁶ Klie 2014: 45

³⁷ Dehne 2015: 7. AB 22

³⁸ Klie 2014: 59

tenbasis wird ergänzt durch Infrastruktur-, Sozial- und Wohnungsmarktanalyse. Weitergehende und v.a. handlungsfeldspezifische Erhebungen sind notwendig.

Die Befragungen fungieren neben der Erhebung von Bedarfen v.a. als wertvolles Aktivierungsinstrument in den Stadtteilen. Mit ihnen wird ‚Gutes Älterwerden im Stadtteil‘ zum öffentlichen Thema und zur gemeinschaftlichen Aufgabe. Oft bilden bereits die öffentlichen Vorstellungen der Befragungsergebnisse, bei welchen Befragte und Zuhörende erste Initiativen entwickeln, den Auftakt für Realisierungen. Nicht immer entstehen neue Angebote, sondern mancherorts Vernetzungsstrukturen, die bestehende Vereine und Anbieter einbinden zur Schaffung gewünschter weiterer Angebot. So tragen die Befragungen mit nachfolgenden Entwicklungsprozessen zur Umsetzung zentraler Forderungen aus den Konzepten zur Altenplanung I und II ebenso bei wie zur Realisierung der „Leitlinien zur Zukunft von Wohnen und Pflege im Alter in Marburg“ - auf dem Weg zur altersgerechten Stadt in Vielfalt³⁹.

Inhaltlich zeigen die Befragungen folgende Trends: die befragten Älteren möchten in der eigenen Wohnung, im vertrauten Umfeld verbleiben, auch bei Einschränkungen und ggfs. mit Unterstützung. Nicht-pflegerischer Hilfebedarf wird v.a. in den Bereichen Haushalt, Gartenpflege, handwerkliche Hilfen und Fahrdienste gesehen. Verbesserungen im Stadtteil werden erbeten bzgl. Einkaufsmöglichkeiten, Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, Gastronomie sowie Kultur etc. Vor allem werden Beratung und Information zu altersspezifischen Themen gewünscht, ebenso (seniorengerechte) Angebote für Begegnung und Freizeitgestaltung. In diesen Bereichen besteht zudem ein großes Engagementpotenzial, welches sich in einigen Stadtteilen ebenso für ein (mögliches) gemeinschaftliches Wohnprojekt zeigt.

Die meisten Befragungen in den (Außen-)Stadtteilen wurden von Ortsbeiräten bzw. aus ihnen heraus gebildeten örtlichen Arbeitskreisen durchgeführt. Ergänzend gab es Befragungen durch Stadtteilgemeinden und durch Studierende in einem Kooperationsprojekt. Eine besondere Rolle nehmen jene Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf ein, in denen die Gemeinweseninitiativen tätig sind. Der AKSB hat im Waldtal Befragungen durchgeführt und begleitet engagiert die Umsetzung erkennbarer Wünsche und Bedarfe. Die BSF kooperiert am Richtsberg eng mit dem Ortsbeirat und auch die IKJG ist in Ockershausen zentral in Befragung sowie entstandene Initiative „Gut Älterwerden in Ockershausen“ eingebunden. Hauptverantwortung für die Befragungen trägt stets die Stabsstelle Altenplanung.

Fasst man alle Befragungen zusammen, liegen somit Daten und Informationen aller Außen- und einiger Kernstadt-Stadtteile vor. Dabei zeigt sich, dass der Aktivierungsaspekt – Befragungen als Auftakt seniorengerechter Quartiersentwicklung von unten im Bürger-Kommune-Profi-Mix – eine breite Verankerung der Befragungen im Stadtteil voraussetzt. Dies gelingt insbesondere, wenn Ortsbeiräte die Befragungen durchführen und die anschließende Umsetzung verantwortlich begleiten. Mit Vorhandensein der Ortsbeiräte als federführender Multiplikatorengruppe werden Präsenz, Kontinuität und Nachhaltigkeit gesichert, die sonst schwer erreichbar sind. Stadtteilgemeinden haben hier eine geringere Reichweite. Allein von außen kommende Befragungen führen zwar zur Datengewinnung, befördern jedoch gerade nicht die in den Befragungen gewünschten Entwicklungsprozesse.

³⁹ vgl. VO/0381/2009

Wichtige Punkte für die Weiterarbeit:

- ⇒ der Fachbeirat bittet darum, die Befragungen noch stärker mit Vereinen, Akteursgruppen und Trägern im Stadtteil zu vernetzen
- ⇒ wie wird eine noch breitere Beteiligung an den Befragungen erzielt? Soll die postalische Befragung durch eine persönlich-zugehende ergänzt werden?
- ⇒ was kann für den stärkeren Einbezug Älterer in besonders herausfordernden Lebenslagen getan werden, z.B. mit Behinderung, Migrationshintergrund, Demenz?
- ⇒ wie lassen sich Befragungen und die durch sie angestoßenen bzw. verstärkten Entwicklungen in Stadtteilen ohne Ortsbeiräte realisieren?
- ⇒ wie werden längerfristig die für die Befragungen benötigten Ressourcen abgesichert und die Datenbasis ausgeweitet?

3.2 Quartiersentwicklung – Gut Älterwerden im Stadtteil

Traditionell gibt es in den Marburger Stadtteilen vielfältige Angebote und Projekte der Kirchen- und Stadtteilgemeinden, von Privatinitiativen, Vereinen, Verbänden und Trägern, die zum Teil im Seniorenbeirat organisiert sind. Manche Angebote werden seit längerem gemäß § 71 SGB XII von der Stadt Marburg unterstützt und begleitet. Bereits bei der Erstellung der Konzepte I und II sind diese einbezogen und in ihrer Vielfalt sichtbar geworden.

Insbesondere durch die Befragungen, ihre Auswertung und Umsetzungen sind, auf Tradierendem und Vorhandenem aufbauend, vielfältige weitere Nachbarschafts- und Beteiligungsprojekte entstanden, oft im Bürger-Kommune-Profi-Mix. Diese Projekte sind keine Selbstläufer sondern bedürfen der Förderung und professionellen Begleitung. Die Altenplanung hat in Kooperation mit der Freiwilligenagentur viele Gruppen beraten und begleitet, woraus seit 2011 ein gemeinsames Austausch- und Qualifizierungsprogramm entstand. Jährlich gibt es sowohl systematische Projektvorstellungen (voneinander Lernen) als auch gezielt Qualifizierungen u.a. mit externen Referent/innen (miteinander Lernen). Begleitend finden jährliche Treffen mit dem Oberbürgermeister statt sowie zum Jahresende ein würdiger Empfang für Gruppen und Engagierte in größerem Rahmen. Zudem legt die Altenplanung seit 2013 die Broschüre „50+ in Marburg, Angebote und Initiativen“ auf.

Auf dieser Basis wurde Marburg 2013-2015 im Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“⁴⁰ gefördert. Ziel ist die systematische (Weiter-)Entwicklung einer Anlaufstelle in jedem Stadtteil. Dazu umfasst(e) das Programm fachliche Beratung und Begleitung, Qualifizierung in enger Abstimmung mit Bedarfen/ Wünschen vor Ort sowie Förderung des Austauschs und der Information zwischen Nachbarschafts- und Bürgerprojekten. Das Marburger Netzwerk ermöglicht es einerseits, voneinander zu lernen, andererseits weitere Stadtteile zu motivieren, Initiativen bzw. Anlaufstellen für ältere Menschen einzurichten. Nebeneinander entwickeln sich stadtteilspezifische Lösungen verschiedener Träger- und Organisationsstruktur.

Zum anderen werden Freiwillige, die aktiv werden (möchten), im Engagement unterstützt. Die Entwicklungen der letzten Jahre und insbes. die Befragungen zeigen, dass Bürger/innen sehr bereit sind, sich für ihr Umfeld zu engagieren und dies mit zu gestalten. Engagierte werden so begleitet, wie sie Unterstützung und Qualifizierung für ihre Arbeit vor Ort benötigen. Dabei tritt die Stadt Marburg in neuer Rolle⁴¹ als Dienstleisterin für Freiwillige und Projekte auf. Hierarchien verändern sich, Initiativen und Engagierte werden nicht „in Dienst genommen“ aber dennoch ernst als Akteure der Daseinsvorsorge. Dem Fachbeirat ist es wichtig, dass sich Ältere nicht zu Engagement und Aktivismus verpflichtet fühlen dürfen. Vielmehr ist ihr eigen-sinniges Engagement zu unterstützen und hauptberuflich zu begleiten. Die Gesamtverantwortung i.S. kommunaler Daseinsvorsorge obliegt dauerhaft der Kommune.

⁴⁰ Förderung durch das BMFSFJ bis Sommer 2015

⁴¹ Dehne, 7. Altenbericht, Folie 22

Wichtig Punkte für die Weiterarbeit:

- ⇒ wie können bestehende Strukturen sich öffnen für Nicht-Mitglieder und Erweiterung erfahren für das Thema Gut Älterwerden im Stadtteil (insbes. Stadtteilgemeinden)?
- ⇒ wie lassen sich weitere Ortsbeiräte und Bürgervereine für dieses Thema gewinnen und fit-machen etc.?
- ⇒ wie kann eine weiterentwickelte Begleitung noch besser der großen Heterogenität in Marburgs Stadtteilen gerecht werden?
- ⇒ wie kann nach Programmende weiter Moderation, Beratung und Qualifikation für Nachbarschafts- und Beteiligungsprojekte angeboten und finanziert werden?

3.3 Stabsstelle Altenplanung

Ziel der Altenplanung ist es, die Marburger Stadtteile mit Angeboten, Einrichtungen und Diensten so auszustatten, dass allen Älteren Teilhabe ermöglicht und das Leben erleichtert wird. Die Strukturen reichen von lokalen Ansprechpersonen und Möglichkeiten, sich im Quartier zu begegnen und zu engagieren, über Unterstützung zu Hause und rund ums Wohnen bis hin zu Tagespflege und Altenheimen.

Zu den Aufgaben der Altenplanung gehören, in Abstimmung mit dem Landkreis:

- Koordination bestehender Angebote der Träger, v.a. durch Organisation von Arbeitskreisen und Seminaren, Mitarbeit in bestehenden Gremien und die Gründung und Begleitung örtlicher Arbeitskreise. Perspektivisch wären regional alle in der Altenarbeit engagierten Personen und Institutionen (Freiwillige und Professionelle) einzubeziehen.
- Konzeption neuer Angebote und gemeinsame Realisierung mit potentiellen Akteurs- und Trägergruppen. Grundlage dazu sind städtische und überregionale Erhebungen, gerontologische Forschung und Fachaustausch mit anderen Kommunen und Institutionen,
- Vernetzung der Altenplanung mit städtischer Planung sowie dem Landkreis.

Die Arbeit der Stabsstelle Altenplanung fußt auf Stadtverordnetenbeschlüssen, dem dargelegten Planungsverständnis, der Stellenausschreibung und gerontologischen Fachvorgaben.

a) Erhebung und Bedarfssteuerung in Kooperation mit Fachbeirat und Verwaltung

Zentraler Auftrag und zugleich Arbeitsgrundlage der Altenplanung sind, in enger Kooperation mit anderen städtischen Fachdiensten, handlungsfeld-spezifische und quartiersbezogene Bedarfserhebung und -realisierung. Teile dieser Analysen können weiterhin durch Beteiligungsprozesse und partizipative Planung erfolgen. Für die Entscheidung über anstehende Teilanalysen und -bereiche bedarf es der (abgestimmten) Priorisierung. Wie vom Fachbeirat betont, sind Steuerung (Controlling), Evaluation und Berichtswesen weiter auszubauen.

Der Fachbeirat ist dauerhaft als ständige „Altenplanungskonferenz“ steuernd zu etablieren - als Bindeglied zwischen Politik, Verwaltung, Trägern und Akteuren vor Ort. Gemeinsam mit anderen Planungsfachdiensten sind Strategien und Maßnahmenplanung weiter zu entwickeln. Ebenso sind relevante Organisationen, Unternehmen (z.B. Wohnungsgesellschaften) und verschiedene Akteurs- und Trägergruppen ein zu beziehen. (Nur) so kann die Altenplanung Grundlagen für politische Entscheidungen vorlegen, Entwicklungsperspektiven sowie stadtteil- und zielgruppenspezifische Empfehlungen formulieren vor dem Hintergrund gesamtstädtischer Entwicklungen.

b) Koordination und Vernetzung

Altenplanung verantwortet Strategien und Entscheidungen der Alterssozialpolitik und setzt diese um. Neben Analysen und Erhebungen stehen daher Koordination und Vernetzung im Vordergrund der Stabsstellenarbeit, um die Marburger Angebotsentwicklung qualitativ und quantitativ voran zu bringen.

Eine zentrale Sonderrolle und -bedeutung für die Stabsstelle hat ihre Ansiedlung im Beratungszentrum BiP. Für dieses nimmt der Fachdienst geschäftsführende Aufgaben auf mehreren Ebenen wahr. Die Stabsstelle führt die Arbeit der städtischen Fachdienste im Bereich Älterwerden zusammen, v.a. mit dem Pflegebüro sowie der Altenhilfe/ Geschäftsführung des Seniorenbeirats. Zudem koordiniert die Stabsstelle Altenplanung den trägerübergreifenden Betrieb des Beratungszentrums, leitet und moderiert die monatlichen Träger- bzw. Teamtreffen und daraus sich entwickelnde Projekte und Prozesse. Neben den festen Trägern des BiP weitet sich die moderierende und koordinierende Arbeit kontinuierlich auf temporäre Anbieter aus, v.a. in Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat und dem AK gemeinschaftlich Wohnen.

Zudem haben sich kontinuierlich eigene Kooperationen der Stabsstelle (weiter-)entwickelt. Zentral sind das Netz der Nachbarschafts- und Beteiligungsprojekte, die Lokale Allianz für Menschen mit Demenz, das Stadtteilnetz Richtsberg, ein AK zu Projektierung und Implementierung einer Senioren-Notfallbetreuung und regelmäßige Fachtreffen wie jenes für Heimleitungen etc. zu nennen. Häufig handelt es sich um Netzwerke, die im Bürger-Kommune-Profi-Mix(nebenberuflich) Tätige und Freiwillig Engagierte umfassen.

Wichtige Vernetzungstätigkeiten finden innerhalb der Stadtverwaltung statt. Zuvorderst ist der AK der städtischen Planer/innen zu nennen, ebenso die umfassende Kooperation mit dem Seniorenbeirat. In weiteren Gremien wie der Sportentwicklungsplanung, dem Bündnis für Familie, den Runden Tischen Soziale Stadt, der Steuerungsgruppe Dorfentwicklung sowie der Wohnraumanalyse ist die Stabsstelle Altenplanung involviert.

Stadtöffentlich und in den Landkreis hinein gehört die Netzwerkarbeit mit dem Pflegestützpunkt bzw. der Stabsstelle Altenhilfe, die Mitwirkung im Gerontopsychiatrischen Verbund, Kooperationen mit dem Ausländer- und Behindertenbeirat sowie der Gleichstellungskommission, die Mitgliedschaft im Beirat Alter Pfarrgarten in Cappel und der evangelischen Familienbildungsstätte zu den Aufgaben der Stabsstelle. Alle diese Kooperationen sind zugleich Mittel als auch Ziel, um Gutes Älterwerden in Marburg zu fördern.

c) Öffentlichkeitsarbeit und Bewusstseinsbildung

Neben im engeren Sinn planenden und koordinierenden Aufgaben hat die Stabsstelle Altenplanung ebenfalls den Auftrag, die Bedürfnisse älterer Menschen in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und ein differenziertes Bild des Alterns in die Gesellschaft zu tragen. In Stadtgesellschaft und Politik ist ein Bewusstsein zu schaffen für das immer bedeutender werdende Thema Guten Älterwerdens, v.a. in besonderen Lebenslagen und mit spezifischen Herausforderungen. Daher gestaltet die Stabsstelle Vorträge, organisiert Informations- und Öffentlichkeitsveranstaltung sowie Publikationen, beteiligt sich an Messen, Börsen und Ausstellungen. Eigene Ausstellung zur Förderung der Bekanntheit des Angebots sowie zur Lancierung zentraler Themen werden im Beratungszentrum BiP organisiert.

Diese Arbeit geschieht anlass- und projektbezogen, daneben aber auch selbstaktiv und als Impuls zur Setzung neuer Schwerpunkte und Themen. Angesichts der ständig wachsenden Aufgaben und Tätigkeiten der Altenplanung in den Feldern a) und b) kommt die Stabsstelle mit ihren Ressourcen bei der Umsetzung des Bereichs c) zunehmend an Kapazitätsgrenzen. Eine Priorisierung innerhalb der drei Aufgabengebiete der Stabsstelle erfolgt in Abstimmung mit dem Fachbeirat bzw. gemäß des Konzepts III.

Wichtige Punkte für die Weiterarbeit:

- ⇒ zu prüfen ist die Erstellung einer Analyse vergleichbar der „Sozialstudie 50 und älter in Marzahn-Hellersdorf 2010“ als Grundlage der weiteren Altenplanung
- ⇒ Priorisierungen sind ab zu stimmen, da durch Vielfalt und Umfang der Aufgaben sehr oft Entscheidungen zu Lasten ebenfalls dringender Entwicklungsbereiche notwendig wie bspw. beim Themenfeld Alter und Technik deutlich wird, bei der Sport- und Bewegungsförderung
- ⇒ ihre koordinierende und vernetzende Gestaltungsarbeit in die Stadtgesellschaft wie in die Stadtverwaltung kann die Altenplanung allein als Stabsstelle realisieren

3.4 Mobilität in Marburg

Studien zeigen, dass Lebensqualität wesentlich beeinflusst wird durch die Möglichkeit, auch im Alter mobil zu sein. Die Befragungen Älterer in den Stadtteilen bestätigen die hohe Bedeutung guter Mobilitätsangebote für gutes Älterwerden zuhause. Mobilität bedeutet gesellschaftliche Teilhabe durch all-tägliche Fortbewegung in Wohnumfeld, Stadtteil, Stadt und Region. In jedem Lebensalter und in jeder Lebenslage ist dies ein Grundbedürfnis des Menschen und steht für Lebensqualität, Selbstbestimmung und Freiheit. Fast alle Älteren, unabhängig davon, ob sie zu Fuß, per Rad, Auto oder ÖPNV unterwegs sind, leiden unter dem dichter und aggressiver werdenden Verkehr. Angesichts gesellschaftlicher Veränderungen gewinnt die soziale Komponente von Mobilität an Bedeutung. Bezüglich individueller Mobilitätshindernisse spielt das kalendarische Alter weniger eine Rolle als Bewegungsfähigkeit, Gesundheitszustand sowie Fahrkompetenz und PKW-Verfügbarkeit. Kennte man in Marburg die lokalen Mobilitätssituation und -bedarfe genauer, ließen sich teilweise durch einfache verkehrspolitische, sozial- und stadtplanerische Maßnahmen Lösungswege und gezielte Angebote für Ältere entwickeln⁴².

In Marburg werden durchaus schon länger vielfältige Mobilitätsaspekte und Erfordernisse Älterer thematisiert. So hat sich bspw. der Seniorenbeirat in den letzten Jahren u.a. befasst mit

a) Bereich PKW, Radfahrer, Fußgänger

- Ruheplätze/Bänke im Stadtteil
- Erstellung eines Fahrradwegweisers für Senior/innen
- Stellplätze und Parkmöglichkeiten für Senior/innen in Marburg,
- behinderndes Parken auf Bürgersteigen und Gehwegen

b) ÖPNV

- Marburger Nahverkehrskonzept und Diskussion mit Stadtwerke Marburg
- ÖPNV in den Außenstadtteilen/bessere Anbindung
- akute Probleme der Buslinien z.B. im Afföller sowie im Waldtal
- kostenloses ÖPNV-Ticket (f. 1 Jahr) bei freiwilliger Führerschein-Abgabe
- Bustaktung und -preise, Einführung einer Senioren-Tageskarte, Kurzstreckentarif
- Unterstellmöglichkeiten und Sitzgelegenheiten sowie Winterdienst an Bushaltestellen

c) besondere Mobilitätsformen

- Düsseldorfer Konzept SenioTaxi
- Schrägaufzug zum Schloss
- Mobilitätsbegleiter für Gäste der Stadtführungen nach Vorbild anderer Städte
- Modellprojekt TAXI³

Zur Wieder-Eröffnung der Stadthalle wird das Taxi³ realisiert, mit dem älteren und/oder mobilitätseingeschränkten Besucher/innen für Veranstaltungen ein subventioniertes Taxi zur Verfügung steht. In einer Nachbargemeinde gibt es spezifische Anhalter-Haltestellen⁴³, die statt gewöhnlicher Bushaltestellen Sitzbänke sind, an denen die dort Sitzenden auf eine Mitfahrgelegenheit zwischen Oberstadt und Unterstadt hoffen. In Marburg realisiert sind AST-Linien, Bürgerbusse, Behindertenfahrdienst, Carsharing und Leihfahrräder, auch als Tandem mit dem eigenen Rolli, Bummelbahn zum Schloss, Busse mit Fahrradanhängern, Mobilitätstraining für Rollator-Reisende, ... Diskutiert wird zudem über eine Seilbahn auf die Lahnberge, ein neues Parkraumkonzept und Radwegekonzept, eine Tunnelführung für die Stadtautobahn, neue Verkehrsführungen und Fahrradspuren, shared space für die Marburger Straße in Cappel etc.

⁴² vgl. Mollenkopf, Heidrun; Flaschenträger, Pia [Hrsg.: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend] Stuttgart; Berlin; Köln: Kohlhammer, 2001: 5

⁴³ <http://www.op-marburg.de/Lokales/Ostkreis/Trampen-fuer-Senioren>

All diesen Ansätzen ist gemein, dass ihnen die Einbindung in ein umfassendes Marburger Mobilitätskonzept fehlt. Ansätze dazu gab es bereits mit einer Studie zur Mobilität Studierender 2012. Eine solche Studie benötigte Marburg integriert als Grundlage eines alle Stadtteile, alle Zielgruppen und alle Mobilitätsformen umgreifenden Gesamtkonzeptes. Die Wohnungsmarktanalyse der Universitätsstadt Marburg in Zusammenarbeit mit InWIS Forschung & Beratung GmbH bietet Erfahrungen und ein gutes Modell für ein solches interdisziplinäres integriertes Vorgehen. Ebenfalls orientieren kann sich Marburg an Vorgehensweisen der Städte Trier - Mobilitätskonzept Trier 2025, Kempten - Mobilitätskonzept 2030 – oder Alzey. Zudem gibt es gute Ansätze im Verbundprojekt »Klimaverträglich mobil 60+⁴⁴«.

Ziel ist die Sicherung der Mobilität (insbesondere in und mit den Außenstadtteilen) und die Erhöhung der Verkehrssicherheit für alle Bevölkerungsgruppen, v.a. für empfindliche (vulnerable) Zielgruppen. Dazu gehören die verträgliche Organisation des Individual-Verkehrs bei Stärkung des Fuß- und Radverkehrs und der Aufenthaltsfunktion im Straßenraum, die Optimierung des Parkangebots sowie die Verbesserung des ÖPNV. Dies erfordert die Verknüpfung verschiedenster Mobilitätsformen sowie die Entwicklung und Etablierung innovativer, neuartiger Mobilitätskonzepte und -angebote. Wichtig ist die Einbindung der Sozial- und Fachplanungen, da gerade sensible Zielgruppen von Mobilitätssituation und -konzepten empfindlich beeinträchtigt sind und weniger flexibel in der Nutzung, da sie weniger Ausweich- und Selbstgestaltungsmöglichkeiten haben etc. Die Stadt Marburg benötigt daher ein zukunftsfähiges integriertes Mobilitätskonzept auf der Grundlage von Bestandserhebungen und Entwicklungsprognosen mit zentraler Bürgerbeteiligung.

Wichtige Punkte für die Weiterarbeit:

- ⇒ ein Gesamtkonzept zur Mobilität (Älterer) in Marburg, ggfs. basierend auf einer Mobilitäts-Analyse, vergleichbar jener zur studentischen Mobilität in Kooperation mit der Universität 2012, wird benötigt
- ⇒ Mobilitätsalternativen zum Individualverkehr durch Stärkung des ÖPNV unter Einbezug innovativer, neuartiger Mobilitätsformen sind zu entwickeln und bekannter zu machen
- ⇒ gleiche Mobilitätschancen für alle Verkehrsteilnehmer/innen sind zu fördern durch Barrierefreiheit und Sensibilität gegenüber empfindlichen Zielgruppen

⁴⁴ von Verkehrsclub VCD, Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen (BAGSO) und Deutsche Mieterbunds (DMB)